

5/6
72

THYSSEN

THYSSEN NIEDERRHEIN
ECHO DER ARBEIT

Werkzeitschrift für die Oberhausener Belegschaft

ThyssenKrupp Corporate Archives

Lieber Leser!

Wir sind umgezogen, und zwar von dem Parterre im Gebäude der Hauptverwaltung in die erste Etage des Werksgasthauses. Der Eingang liegt unmittelbar am großen Parkplatz hinter dem Werksgasthaus. Sie finden Hinweisschilder auf die Abteilung Betriebliche Information, die ja die Werkzeitschrift redaktionell macht, und auch auf die Abteilung Arbeitssicherheit.

Wir sind besonders froh darüber, daß die Abteilung Arbeitssicherheit unser Nachbar geblieben ist. Wir arbeiteten auch in der Hauptverwaltung Tür an Tür. Eine wichtige Voraussetzung, das Sicherheitsbewußtsein des einzelnen Mitarbeiters zu stärken, ist die Information. Durch den täglichen Kontakt ist dieser Informationsfluß zwischen den Zuständigen für die Fragen der Arbeitssicherheit und uns sichergestellt, und damit auch die Bearbeitung und Weitergabe mit unseren Informationsmitteln – im wesentlichen mit der Werkzeitschrift – gewährleistet.

Wir haben übrigens von den Fenstern unserer neuen Büros direkt einen Blick auf den Hochofen A und den dahinterliegenden Ofen 3. Wir sind also Augenzeuge von der Neuzustellung des Hochofens A, wobei wir natürlich einschränken müssen, daß wir nur das Geschehen am Rande beobachten können, denn das Wesentliche vollzieht sich ja im Innern des Hochofens.

Der Hochofen 3 ist inzwischen wieder angeblasen worden. Wir sind in unserer aller Interesse froh, daß die Entwicklung in diesem Jahr all' denen im Werk recht gegeben hat, die an die Wiederinbetriebnahme des Hochofenwerkes in Oberhausen geglaubt haben.

Wenn Sie in Zukunft ein Anliegen an die Werkzeitschrift haben, das Sie gerne mit der Redaktion besprochen hätten, dann wissen Sie jetzt, wo Sie uns finden können. Unsere Telefonnummern 4447 und 4267 haben sich nicht geändert.

Ihre

Werkzeitschrift-Redaktion

Diese Ausgabe informiert Sie auf folgenden Seiten:

über die Entwicklung des Unternehmens in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres in

Zur wirtschaftlichen Lage des Werkes Oberhausen 4+5

über die Betriebsversammlung in

Das Vertrauen in das Unternehmen festigt sich 6+7

über Änderung des Lohnabrechnungsverfahrens, über die Wahl Loderers zum Nachfolger Otto Brenners und über Geschehnisse in der Thyssengruppe in

Kurz informiert 8+9

über die Erfolge der Stufenausbildung, die Ergebnisse der Jugendvertreterwahl, die Jugendbelegschaftsversammlung in

Die Seiten der Jugend 10+11

über das abgelaufene Geschäftsjahr der Betriebskrankenkasse in

Betriebskrankenkasse im vergangenen Geschäftsjahr nicht ohne Defizit 12+13

über das Verhalten bei Krankheit während Auslandsurlaub in

Wenn man im Auslandsurlaub krank wird 13

Vorsorge ist besser als im Ausland krank werden 13

über TN-Stähle auf dem Münchener Oberwiesenfeld und beim Hochregalbau in

Im Zentrum des olympischen Weltfernsehens 14–17

Zum ersten Mal Hochregallager aus wetterfesten TN-Stählen 17

über eine neue Schrottverarbeitungsanlage in

Wie dein altes Auto für den SM-Ofen „präpariert" wird 18+19

über Erfolge des Betrieblichen Vorschlagswesens in

Hohe Beteiligung – Basis des Erfolges 20+21

über 180 Jahre Firmengeschichte in

Neubeginn nicht ohne Schwierigkeiten 22–27

Unser Bild auf dem Vorder- und Rücktitel wurde während der Montage des ersten Hochregallagers aus den wetterfesten TN-Stählen COR-TEN und PATINAX aufgenommen.

THYSSEN NIEDERRHEIN
ECHO DER ARBEIT
Werkzeitschrift für die Oberhausener Belegschaft

42 Oberhausen, Essener Straße 66, Ruf (0 21 32) 88 44 47

Verantwortlich: Arbeitsdirektor Friedrich Kübel

Redaktion und Gestaltung: Friedrich Schacke

Fotos: Siemens (Seite 17); TN-Werbung (Titel, Rücktitel, Seiten 14, 15, 16 und 17); ATH (Seiten 18 und 19); TN-Archiv (Seiten 23, 25, 26 und 27; TN-Steinbrink alle übrigen.

Druck: Gebr. Storck GmbH, 42 Oberhausen

thyssenkrupp Corporate Archives

Ofen 3 am 15. Juni wieder angeblasen

Aufgrund der gebesserten Auftragslage ist der Roheisenbedarf der Thyssen-Gruppe inzwischen soweit gestiegen, daß der Oberhausener Hochofen 3 am Donnerstag, dem 15. Juni, wieder in Betrieb genommen werden konnte. Seine Auslastung ist für das nächste Quartal gesichert.

Die für das Anblasen und Einfahren des Hochofens erforderliche qualifizierte Stamm-Mannschaft besteht zum größeren Teil aus TN-Hochöfnern, die nach der konjunkturbedingten Außerbetriebnahme des Oberhausener Hochofenwerkes in andere TN-Betriebe versetzt worden waren; weitere ehemalige Hochofen-Fachkräfte von Thyssen-Niederrhein, die inzwischen zur ATH überwechselten, wurden gemäß der seinerzeitigen Zusage des ATH-Vorstandes von dort zur Verfügung gestellt. Außerdem werden zur Zeit noch neue Mitarbeiter eingestellt.

Der zweite Oberhausener Hochofen, der größere Ofen A, befindet sich seit dem 5. Juni in „Neuzustellung". Der stählerne Ofenmantel und die feuerfeste Ausmauerung werden von Grund auf erneuert.

TN-Walzdraht für Stahlkord-Gürtelreifen

Einer der führenden Hersteller von Stahlkord für Gürtelreifen, die Enka Glanzstoff GmbH, verwendet bei der Fertigung der gezogenen Stahlkorddrähte als Ausgangsmaterial Walzdraht von Thyssen Niederrhein in einer für diesen Zweck bestimmten Sondergüte.

1971 fast DM 280000,— an Sterbegeldern ausgezahlt

Auf der Vertreterversammlung der Sterbekasse am 25. Mai 1972 wurde beschlossen, diese ab 1. 8. 1972 in „Sterbekasse der Belegschaft Thyssen Niederrhein AG" umzubenennen. Bei der Wahl zum Vorstand und der Kassenprüfer wurden Bernhard Böhmer, 1. Vorsitzender, und Clemens Haas, 2. Vorsitzender, wiedergewählt. Im Amt blieben auch Rudolf Marquardt als Kassierer, Harald Radkowski als Schriftführer und Horst Grefermann als Kassenprüfer. Zum Nachfolger des aus Krankheitsgründen ausgeschiedenen 2. Kassenprüfers wurde Dieter Wieshoff gewählt.

Wie dem Geschäftsbericht zu entnehmen ist, wurden 1971 insgesamt DM 279995,— an Sterbegeld gezahlt. Das Beitragsaufkommen der 28120 Erstversicherten und der 24472 Zweitversicherten betrug rund DM 633000,—. Bei einer Bilanzsumme von DM 5,4 Mill. und einem Zinsertrag aus angelegtem Vermögen in Höhe von rund DM 354000,— im vergangenen Geschäftsjahr kann man die erfreuliche Feststellung machen, daß die „Sterbekasse für die Belegschaft Thyssen Niederrhein AG" finanziell außergewöhnlich gut fundiert ist.

Mit 85 Auszubildenden Einstellungssoll zum 1. 9. 1972 erfüllt

85 junge Menschen werden am 1. September 1972 ihre Ausbildung im Werk Oberhausen der Thyssen Niederrhein AG beginnen. In kaufmännischen Berufen werden 15 zu Bürogehilfinnen, 12 zu Industriekaufleuten, 3 zu Wirtschafts- und 4 zu mathematisch-technischen Assistenten — also insgesamt 34 — ausgebildet werden. Auf der technischen Seite wollen 19 Maschinenschlosser, 20 Starkstromelektriker, 4 Dreher werden. Mit den 8 Fachoberschulpraktikanten sind es zusammen 51 technisch Auszubildende. Mit diesen insgesamt 85 neuen Auszubildenden ist das Einstellungssoll an Auszubildenden für 1972 im Werk Oberhausen erfüllt.

2389 PKW auf Verkehrssicherheit überprüft — Weniger Mängel als im Vorjahr

Während der Verkehrssicherheitstage im Mai wurden auf den werkseigenen Parkplätzen von der Abteilung Arbeitssicherheit in Zusammenarbeit mit der Verkehrspolizei 2389 Personenkraftwagen — 1971 waren es 1793 — überprüft. Mängel wurden an 132 Fahrzeugen oder an 5,5 Prozent der überprüften PKW festgestellt im Gegensatz zu 135 = 7,5 Prozent Feststellungen im Jahr zuvor. Es handelte sich fast ausnahmslos um abgefahrene Reifen. Bei den Zweirädern mußten von 563 kontrollierten 105 = 18,7 Prozent gegenüber 11,6 Prozent im Jahr 1971 bemängelt werden.

An den Verkehrssicherheitsschulungen anläßlich der Verkehrssicherheitstage 1972 nahmen aus dem Werk Oberhausen 322 gewerbliche und kaufmännische Auszubildende teil.

Großes Interesse für die neue Oberhausener Zementmahlanlage — Fachbesucher aus Spanien und Japan



Der neuen Zementmahlanlage, die wir in unserer letzten Ausgabe der Werkzeitschrift unseren Lesern vorgestellt haben, wird aus der Fachwelt großes Interesse entgegengebracht. So haben sich neben einer Reihe deutscher Besucher eine Delegation spanischer und zwei japanische Zementfachleute für die erstmalig konzipierte Flachbauweise einer Zementmahlanlage interessiert. Den japanischen Besuch haben wir in obigem Bild festgehalten.

thyssenkrupp Corporate Archives

Zur wirtschaftlichen Lage des Werkes Oberhausen

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Thyssen Niederrhein AG wurde in den ersten acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres durch zahlreiche ungünstige Einflußfaktoren bestimmt.

Im IV. Quartal 1971 wirkten sich der Vorratsabbau bei Verbrauchern und Händlern sowie die Abnahme des Stahlverbrauchs infolge der rückläufigen Investitionskonjunktur besonders ungünstig auf die inländische Walzstahlnachfrage aus.

Hinzu kam, daß die währungspolitischen Maßnahmen dem Import künstliche Wettbewerbsvorteile verschafften und den Export erschwerten. Als Folge ergaben sich mengenmäßige Absatzeinbußen bei rückläufigen Erlösen auf allen Teilmärkten. Der Nachfrageausfall auf den Binnen- und Exportmärkten zwang daher im IV. Quartal 1971 zu einer drastischen Anpassung der Produktion an die Absatzlage und zur Einführung von Kurzarbeit.

Neben diesen Markterschwernissen trafen uns noch zusätzlich die Folgen eines Kostenanstiegs von bisher nicht gekanntem Ausmaß.

In der Zeit von Oktober bis Dezember 1971 hatten wir die bisher schwerste Belastungsprobe nach dem Kriege durchzustehen.

Belebung der Nachfrage setzte in den ersten Monaten 72 ein

Ab Januar 1972 führten die Beschlüsse von Washington zu einer Minderung der währungspolitischen Unsicherheit. Die kreditpolitischen Erleichterungen, Ankündigungen finanzpolitischer Maßnahmen durch die Regierung, das milde Winterwetter, die notwendige Ergänzung der nicht mehr ausreichend sortierten Vorräte bei den Händlern und Verbrauchern bewirkten in den letzten Monaten eine Belebung der Nachfrage und lassen erste Anzeichen für eine leichte Erholung der Erlöse im In- und Ausland erkennen. Das Erlösniveau bleibt aber nach wie vor unbefriedigend. Eine auch nur ausgeglichene Ertragslage kann nachhaltig nur durch ein erheblich verbessertes Erlösniveau erreicht werden.

Produktionsentwicklung von Oktober 71 bis Mai 72

Die Produktion des Werkes Oberhausen in den ersten acht Monaten des neuen Geschäftsjahres entsprach der Marktlage. Im Zeitraum Oktober/Mai 1971/72 wurden in Oberhausen durchschnittlich rund 125 000 t Walzstahl erzeugt, das waren 5,5 % mehr als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Die Erzeugung schwankte während dieser Berichtszeit beträchtlich.

Abgesehen von der Grobblechstraße und der Warmbandscherenlinie war der Produktionsrückgang an den anderen Walzenstraßen im 1. Quartal 1971/72 am stärksten. Ab April 1972 hat sich das Erzeugungsniveau an allen Anlagen des Werkes zum Teil deutlich verbessert.

Erzeugung des Werkes Oberhausen nach Straßen in t

	MD 1. Vj. 1971/72	MD 2. Vj. 1971/72	MD April/Mai 1971/72	MD Okt./Mai 1971/72	%-Veränderung gegenüber entsprechender Vorjahrszeit			
					1. Vj.	2. Vj.	April/Mai	Okt./Mai
Blockstraße	37 532	46 170	47 868	43 355	−42,9	−42,8	−26,5	−39,1
550er Straße	8 994	13 029	14 876	11 978	−22,9	+10,8	+41,3	+ 4,9
320er Straße	9 916	16 070	22 623	15 401	−49,3	−15,3	+16,3	−20,3
Drahtstraße II	23 537	31 842	35 778	29 711	−12,6	− 1,2	+38,7	+ 3,8
Grobblechstraße	23 003	23 253	23 399	23 196	+ 1,2	− 7,7	+13,2	+ 0,2
Warmbandscherenlinie	19 154	21 162	24 188	21 165	+83,2	+43,2	+23,0	+47,2

Umsatz und Ergebnis unter Vorjahresniveau

Der Versand der Thyssen Niederrhein AG war in der Berichtszeit mit durchschnittlich 157 900 t Walzstahlfertigerzeugnissen um 2 % niedriger als im Zeitraum Oktober/Mai 1970/71.

Der Umsatz blieb – ebenfalls im Monatsdurchschnitt – mit 107,6 Mill. DM um 10,9 % unter dem Niveau der entsprechenden Vorjahresmonate. Die im Vergleich zur Versandminderung stärkere Abnahme der Umsätze erklärt sich aus dem Erlösverfall – insbesondere auf den Exportmärkten – in den ersten Monaten des Geschäftsjahres.

Das Zusammentreffen der genannten negativen Einflußfaktoren hat das Ergebnis sehr ungünstig beeinflußt. Obwohl wir die nächsten Monate zur Zeit etwas zuversichtlicher beurteilen, ist nicht damit zu rechnen, daß die schwere Hypothek der ersten acht Monate bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres am 30. 9. abgetragen werden kann.

Die derzeitige Beschäftigungslage sieht wie folgt aus:

Der Auftragsbestand des Werkes Oberhausen lag am Stichtag 30. 4. 1972 bei rund 200 300 t Walzstahlfertigerzeugnisse und war damit um 9,4 % höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Für das 3. Quartal 1972 rechnen wir damit, das derzeitige Beschäftigungsniveau halten zu können.

Neue Anlagen in Betrieb genommen

Bei den mengenmäßig etwas freundlicheren Marktverhältnissen kommt uns die Inbetriebnahme mehrerer Bauvorhaben gut zustatten.

Im Zementwerk wurde am 5. März die 30-t-Zementmühle in Betrieb genommen. Die garantierte Stundenleistung wird mit Sicherheit erreicht. Unsere Produktionsmöglichkeiten an Zement betragen nunmehr rund 40 000 t im Monat.

Auf dem Gelände der Zeche Oberhausen entsteht das neue Preßwerk mit etwa 66 Arbeitsplätzen. Die Neuanlagen wurden mit geringfügigen Terminverschiebungen installiert. Die 2500-t-Presse hat in der zweiten Maihälfte den Probebetrieb aufgenommen.

Das in enger produktionsmäßiger Verbindung mit dem Blechwalzwerk und dem Preßwerk stehende Plattierwerk ist termingemäß fertiggestellt worden und hat im März 1972 die Produktion aufgenommen. Nach Installierung von zwei weiteren Schleifmaschinen und Inbetriebnahme einer neuen Vacu-Blast-Entzunderungsanlage im Frühjahr 1973 wird die volle Kapazität des Plattierwerkes zur Verfügung stehen.

Im Grobblechwalzwerk wurde der Hubbalkenofen für Brammen im März 1972 in Betrieb genommen, während die Schere für Bleche bis 40 mm Dicke im Juli 1972 in Betrieb gehen wird.

Infolge des vermehrten Roheisenbedarfs bei den Werken der Thyssen-Gruppe wurde am 5. 6. 1972 mit der Neuzustellung des Hochofens A begonnen, die voraussichtlich Ende September 1972 abgeschlossen sein wird. Der Hochofen 3 wurde am 15. 6. 1972 wieder in Betrieb genommen. Für das 3. Quartal 1972 ist die Beschäftigung des Hochofens 3 gesichert.

Die Belegschaftszahl hat abgenommen

	Arbeiter	Angestellte	Gesamt
Stand 30. 9. 1971	7 370	2 311	9 681
Zugänge Oktober / Mai	328	179	507
Abgänge Oktober / Mai	1 063	261	1 324
Stand 31. 5. 1972	6 635	2 229	8 864



Im neuen Preßwerk nahm in der zweiten Mai-Hälfte die 2500-t-Presse, die wir im Bild oben vorstellen, ihren Probierbetrieb auf.

Die Tabelle (links) zeigt, wie sich die Belegschaft des Werkes Oberhausen einschließlich Auszubildende, ohne Dauerkranke, langfristig Beurlaubte, Bundeswehrangehörige, Werkstudenten und Praktikanten, seit Beginn des Geschäftsjahres 1971/72 entwickelte.

Die Zahl der ausländischen Arbeiter stieg auf 674 gegenüber 652 am 30. 9. 1971; der Anteil nahm von 8,8 % auf 10,2 % zu.

Weniger Unfälle und weniger Kranke

Das Unfallgeschehen war in der Berichtszeit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres rückläufig. Im Monatsdurchschnitt Oktober/Mai 1971/72 ereigneten sich 55 meldepflichtige Unfälle gegenüber 68 im entsprechenden Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das sind 6,0 (Vorjahr 6,5) meldepflichtige Unfälle je 1000 Beschäftigte bei Vergleichszahlen der Berufsgenossenschaft von 10,1 (Vorjahr 11,9).

Der Krankenstand (in % der Mitglieder der Betriebskrankenkasse einschließlich Heilverfahren) hat sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres von 8,31 auf 6,83 im Zeitraum Oktober/Mai 1971/72 verringert.

Bildungsprogramm wie vorgesehen durchgeführt

Aus dem Bereich Aus- und Fortbildung ist folgendes zu berichten:

Im Berichtszeitraum wurde das in der Broschüre des Berufsbildungszentrums veröffentlichte Bildungsprogramm durchgeführt.

An den Abschlußprüfungen haben 52 technisch Auszubildende und 3 kaufmännisch Auszubildende teilgenommen.

Die Zahl der Bewerbungen von Auszubildenden war im kaufmännischen und technischen Bereich geringer als in den vergangenen Jahren; dennoch konnte die vorgesehene, gegenüber den Vorjahren verminderte Einstellungszahl erreicht werden.

Höchste Prämie DM 5550,–

Das betriebliche Vorschlagswesen bearbeitete im Berichtszeitraum abschließend 176 Verbesserungsvorschläge. Für 91 Vorschläge betrug die Prämiensumme 23 885,– DM bei einem Höchstbetrag von 5550,– DM.

■

Die vorgenannten Daten wurden im wesentlichen auf solche Einzelinformationen über das Werk Oberhausen ausgerichtet, die das Interesse aller Belegschaftsmitglieder finden. Auf eine breite Darstellung der allgemeinwirtschaftlichen Lage, die der Tagespresse entnommen werden kann, ist bewußt verzichtet worden.

Der Vorstand möchte abschließend der Belegschaft und dem Betriebsrat für die im Berichtszeitraum geleistete Arbeit sowie für die sachliche Zusammenarbeit danken, die sich besonders bei der Bewältigung der schwierigen Beschäftigungssituation im 4. Quartal 1971 bewährt hat.

thyssenkrupp Corporate Archives

Das Vertrauen in das Unternehmen festigt sich

Wenn man ein Resümee der Betriebsversammlung des Werkes Oberhausen am 25. Juni in der Stadthalle zieht und daraus das Wichtigste in einem Satz bringt, dann ist es der Eindruck, daß die Belegschaft wieder mehr Vertrauen in ihr Unternehmen gefaßt hat. Das klang sowohl in den Ausführungen vom Betriebsratsvorsitzenden Herbert Mösle auf als auch im Bericht von Personaldirektor Dr. Alfred Heese, als er nicht nur den Rückgang der freiwilligen Kündigungen bestätigen, sondern darüber hinaus die erfreuliche Feststellung an die Versammlung weitergeben konnte, daß im Mai 1972 erstmalig seit Jahren die Zahl der Neueinstellungen die der Abgänge übertraf. In beiden Vorgängen – Rückgang der Fluktuation, höhere Einstellungszahlen – sah Dr. Heese ein deutliches Zeichen dafür, daß sich das Vertrauen in das Werk Oberhausen der Thyssen Niederrhein AG allmählich wieder festigt.

Betriebsratsvorsitzender Mösle sprach zu Beginn seines Berichtes über die Arbeit des Betriebsausschusses allen Wählern, auch im Namen der anderen Mitglieder des neugewählten Betriebsrates, seinen Dank für das Vertrauen aus, das sie mit ihrer Stimme in die Frauen und Männer des Betriebsrates setzten. Auch dankte er dem Wahlvorstand für geleistete Arbeit. Da ja aufgrund der Bestimmungen des neuen Betriebsverfassungsgesetzes die Zahl der gewählten Beleschaftsvertreter größer ist als früher, standen auf dem Podium in der Stadthalle jetzt zwei lange Tische, und man sah auch einige neue Gesichter.

Die günstige Entwicklung in den vergangenen drei Monaten, so meinte der Betriebsratsvorsitzende in seinem Bericht, werde sich auch im 3. Quartal 1972 fortsetzen, wie man heute schon überschauen könnte. Ob es aber auch eine Fortsetzung im 4. Quartal gäbe, könne man nicht mit Bestimmtheit voraussagen. Darum richtete er auch an die Stahlunternehmen den Appell, bei der Preispolitik Rücksicht auf eventuell ungünstige Auswirkungen auf das 4. Quartal und die noch nachfolgenden Monate zu nehmen. Er forderte aber auch Bund und Länder auf, bei allen Maßnahmen – vor allem beim Stopp wichtiger Investitionsvorhaben – die Interessen der Arbeitnehmer zu berücksichtigen.

Absatzsteigerung im Profilbereich

Die erfreuliche Entwicklung auf dem Baumarkt habe einen günstigen Einfluß auf die Absatzsteigerungen des Profilbereiches gehabt. Leider hat es eine gleiche Entwicklung nicht auf der Grobblechseite gegeben, wie man den späteren Ausführungen des technischen Vorstandsmitgliedes Dr. Klaus Nürnberg entnehmen konnte. Der Binnenmarkt steht immer noch unter einem sehr starken Importdruck. Besitzen doch die Importeure für Grobblech in der Bundesrepublik einen Marktanteil von 45 %.

Wie in den Berichten der Personalkommission und des Personaldirektors und auch in den Fragen aus der Versammlung während der Diskussion spielten die Wiederinbetriebnahme des Hochofens 3 und die Neuzustellung des Hochofens A auch in den Ausführungen des Betriebsratsvorsitzenden eine wichtige Rolle. Er meinte, daß man zwar noch keine bindende Aussage machen könne, wann der Hochofen A wieder angeblasen werde, wenn am 23. September seine Neuzustellung abgeschlossen sei, daß er aber nicht glaube, daß Millioneninvestitionen gemacht würden, ohne den Ofen wieder mehrere Jahre produzieren zu lassen. Damit gab der Betriebsrat seiner Meinung über Beginn und Länge der neuen Ofenreise Ausdruck.

Drei Bedingungen für langfristige Bindung an den Arbeitsplatz

Der Rückgang der freiwilligen Kündigungen zeige, so meinte Herbert Mösle, daß das Vertrauen in das Werk wieder etwas zugenommen habe. Er sei aber der Ansicht, daß die Darstellung einer klaren Unternehmenskonzeption dieses Vertrauen noch wesentlich stärken könne. Wenn man Belegschaftsmitglieder langfristig an ihren Arbeitsplatz binden wollte, müßten drei Bedingungen erfüllt werden:

- Vertrauen in das Unternehmen, in dem man arbeitet
- Angemessene Entlohnung
- Erträgliche Arbeitsbedingungen an gut gestalteten Arbeitsplätzen

In einem direkten Zusammenhang mit einigen von Herbert Mösle in seinen Ausführungen aufgeworfenen Fragen stand eine Reihe von Diskussionsbeiträgen aus der Versammlung, zum Beispiel mit Fragen nach der angemessenen Entlohnung, nach erträglichen Arbeitsbedingungen an der 550er Straße, nach der Dauer der Produktionsmöglichkeiten für die Oberhausener Hochöfen, nach der Möglichkeit, Entscheidungen nicht so kurzfristig zu treffen, daß ihre Umsetzung in die Tat – vor allem auf dem Personalsektor – erhebliche Schwierigkeiten macht.

Zur Frage der angemessenen Entlohnung, die sowohl Betriebsratsvorsitzender Herbert Mösle als auch einige Diskussionsredner angesprochen hatten, nahm Arbeitsdirektor Friedrich Kübel Stellung. Er wies zunächst darauf hin, daß für eine Einflußnahme im Unternehmen selbst nur ein geringer Spielraum bliebe, weil die Regelung von Lohnfragen im wesentlichen Sache der Tarifpartner, also der Gewerkschaften und des Arbeitgeberverbandes, seien. Das Unternehmen sei eigentlich nur zuständig für die innerbetriebliche Lohnrelation. Hier seien infolge des Zusammenschlusses und der Entwicklung Korrekturen notwendig. Entsprechende Maßnahmen seien bereits eingeleitet. Zu dem Appell des Betriebsratsvorsitzenden, durch Preispolitik nicht die Stabilität zu gefährden, wies Arbeitsdirektor Kübel auf die schon immer von Thyssen Niederrhein geübte flexible, das heißt marktanpassungsfähige Preispolitik hin.

Am Beispiel der überraschend gekommenen Freigabe des englischen Pfundes erläuterte Vorstandsmitglied Dr. Klaus Nürnberg, daß einfach viele Entscheidungen eines Unternehmens von manchmal sehr kurzfristigen Entwicklungen abhängig seien, auf die das Unternehmen selbst keinen Einfluß nehmen kann. Man sei einfach vor Überraschungen von draußen nicht sicher, denen dann Rechnung getragen werden müßte. Zur Dauer der Beschäftigung des Hochofenwerkes konnte Dr. Nürnberg keine bindenden Aussagen machen, weil eine solche ebenfalls von Bedingungen des Marktes abhängig ist, auf die ein Unternehmen keinen Einfluß hat. Zur Frage erträglicher Arbeitsbedingungen an bestimmten Arbeitsplätzen im Werk Oberhausen wurde auf die Maßnahmen hingewiesen, die hier zu einer Verbesserung führen sollen.

Personalbeschaffung war nicht leicht

Die letzten Monate, die erfreulicherweise den nicht erwarteten Umschwung in der Beschäftigungslage des Werkes brachten, waren gekennzeichnet von den Sorgen der Personalbeschaffung und der Personalplanung. Wie man mit diesen sehr schwierigen Fragen fertig geworden ist und vor welchen Problemen man noch steht, ging aus den Berichten hervor, die der Sprecher der Personalkommission des Betriebsrates Hans Meier und Personaldirektor Dr. Heese erstatteten.

Am 31. Mai 1972 waren – wie der Bericht der Personalkommission des Betriebsrates feststellte – insgesamt 8 989 Beleschaftsmitglieder im Werk Oberhausen beschäftigt, und zwar 6 516 Arbeiter, 2 431 Angestellte, 323 Auszubildende und 16 Praktikanten und Werkstudenten. Von diesen Mitarbeitern waren 708 Ausländer, was einem Anteil von etwa 8 Prozent an der Gesamtbelegschaft entspricht. Die Zahl der offenen Stellen im Werk wurde mit 250 angegeben.

Hans Meier als Berichterstatter unterstrich die Forderung des Betriebsrates nach einer Personaleinsatzgruppe als Dauereinrichtung, zeigte die Personalsituation der Belegschaftsmitglieder auf, die in die neugegründete Purofer GmbH hinüberwechseln, machte auf die Schwierigkeiten des Personaleinsatzes bei der Wiederinbetriebnahme des Hochofens 3 aufmerksam, die durch eine rechtzeitige Information der Belegschaft nach seiner Meinung hätten gemildert werden können, und wies schließlich auch auf die innerbetriebliche Stellenausschreibung hin.

Werksinterne Initiative bewährte sich

Dr. Heese knüpfte in seinem Bericht an die kritischen Bemerkungen des Sprechers der Personalkommission des Betriebsrates über die kurzfristig gesetzten Termine bei der Inbetriebnahme des Hochofens 3 an und meinte, daß in der Stahlindustrie die Kurzfristigkeit der Planungstermine nicht von heute auf morgen beseitigt werden könnte, und man deshalb werksintern alles tun müsse, um die Schäden so klein wie möglich zu halten. Im Falle der Wiederinbetriebnahme des Hochofens 3 habe diese werksinterne Initiative sich hervorragend bewährt.

Im Zusammenhang mit den bereits erwähnten offenen 250 Stellen wies Dr. Heese darauf hin, daß es zur Zeit noch ungeklärt sei, ob man die neuen Mitarbeiter im Ausland anwerben solle, oder ob es ausreiche, genügend Mitarbeiter aus den zurückgehenden Wirtschaftszweigen – wie zum Beispiel VW – zu gewinnen. Die Unterbringungsfrage sei auf jeden Fall durch das neue Wohnheim mit 250 Betten in Osterfeld gelöst, denn im August sei mit seiner Fertigstellung zu rechnen. Mit der drei Tage dauernden Unterweisung neuer Belegschaftsmitglieder machte Dr. Heese die Versammlung bekannt. (Wir haben uns in der Ausgabe 3/1972 der Werkzeitschrift ausführlich mit einer solchen Unterweisung beschäftigt.) Zur Personaleinsatzgruppe meinte Dr. Heese, daß es bei der augenblicklichen Personalsituation nicht möglich sei, eine solche Gruppe zu besetzen, weil ja über jeden Mann sofort verfügt werden müßte. Bei abflachender Konjunktur sei die Personaleinsatzgruppe zu bejahen, jetzt aber nicht durchführbar.

Die innerbetrieblichen Stellenausschreibungen, die das Betriebsverfassungsgesetz vorschreibt und mit deren Durchführung jetzt im Oberhausener Werk begonnen wird, soll langfristig durch eine sinnvolle und systematische Personalförderung ergänzt werden, wie aus den Darlegungen des Leiters des Oberhausener Personalwesens zu entnehmen war. Die Belebung der Konjunktur mit dem Vorhandensein einer größeren Zahl offener Stellen als Folge spiegelt sich auch in der Entwicklung der Mehrarbeitstunden wider. Vom Tiefstand im Dezember 1971 in Höhe von 16 000 Stunden war ein stetiger Anstieg zu verzeichnen, und zwar im März 1972 auf 53 000 Stunden, im April auf 81 000 und im Mai auf 82 000 Stunden. Auf den Werksdurchschnitt pro Belegschaftsmitglied bezogen bedeuten das 2,3 Überstunden im Dezember 1971 gegenüber 12,3 Überstunden im Mai 1972. Wie sich diese Mehrarbeit und die bereits vorgenommenen Korrekturen in der Lohnrelation auf den Durchschnitt der Einnahmen ausgewirkt haben, wurde ebenfalls aufgezeigt.

Erfreulich war auch die Mitteilung von Dr. Heese über den niedrigen Krankenstand, der im Mai mit unter 5 Prozent weit unter den Werten vergleichbarer Kassen liegt. Dadurch war es der Betriebskrankenkasse in Verbindung mit der Beitragserhöhung möglich, einen Teil ihres Schuldenberges abzutragen, von dem man sich bis Ende dieses Jahres ganz zu befreien hofft.

Aus den Berichten der einzelnen Kommissionen

Zu Beginn der Betriebsversammlung hatte Betriebsratsmitglied Karl-Heinz Meier aus der Arbeit der Sozial-, der Sicherheits- und der Wohnungskommission berichtet. Über die erfreuliche Senkung der Unfallziffern in den letzten Monaten haben wir bereits im Bericht zur Lage des Unternehmens, den der Vorstand gab, die entsprechenden Zahlen und Daten veröffentlicht. Die Zahl der Belegschaftsmitglieder, die eine familiengerechte Wohnung suchen, ist inzwischen auf 940 gestiegen, obwohl das Angebot an Werkswohnungen durch Neubauten größer geworden ist und sich dabei auch noch die Belegschaftszahl verringerte. Der Grund für diese Entwicklung liegt in den immer mehr steigenden Mieten im privaten Hausbesitz, wie Arbeitsdirektor Kübel später erklärte. Die Mitarbeiter seien nicht mehr in der Lage, diese hohen Mieten aufzubringen und suchten daher eine Werkswohnung.

Bei der Behandlung der Arbeit der Sozialkommission des Betriebsrates wurde unter anderem mitgeteilt, daß die Instandsetzungsarbeiten in den Umkleideräumen bis zum Herbst abgeschlossen sein werden.

Über die Verhandlungen der Lohn- und Gehaltskommission, vor allem bei der Einstufung der Arbeitsplätze in der neuen Plattierung, referierte Betriebsratsmitglied Paul König.

Überblick über die Produktion des Werkes Oberhausen in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres

Einen Überblick über die Produktionsentwicklung des Werkes Oberhausen in den ersten acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1971/1972 gab Obering. Jüde. Danach betrug die Rohstahlerzeugung in dieser Zeit 492 302 t und lag um 29,3 Prozent unter der im gleichen Zeitraum des vorigen Geschäftsjahres. Daß hier aber seit März 1972 eine stetige Produktion zu verzeichnen ist, zeigt doch deutlich die allmähliche Belebung des Stahlmarktes. So wurden gegenüber dem Produktionstiefstand in den ersten Monaten des Geschäftsjahres von rund 55 000 moto Rohstahl im März 67 000 t, im April 64 000 t und im Mai 74 000 t erzeugt. Seit Mitte Mai sind wieder sechs SM-Öfen in Betrieb.

Die Produktionszahlen auf der Walzstahlseite sind bereits in dem auf den Seiten vier und fünf veröffentlichten Bericht des Vorstandes zur Lage aufgeschlüsselt für die einzelnen Straßen genannt worden, so daß wir an dieser Stelle auf eine Wiederholung verzichten können.

Auch Obering. Jüde konnte eine zufriedenstellende Kapazitätsauslastung der Profilstraßen in den Monaten März bis Mai bestätigen, mußte aber auch feststellen, daß die Auslastung der Anlagen im Bereich Blechwalzwerk sehr unterschiedlich waren. Die Beschäftigungslage des Grobblechwalzwerkes habe sich überhaupt nicht gebessert, da der Inlandsmarkt auf dem Blechsektor unter massivem Importdruck stehe.

Im Zusammenhang mit der Wiederinbetriebnahme des Hochofens 3 wurden auch die Planmengen an Roheisen für das letzte Quartal des Geschäftsjahres Juli bis September angegeben, und zwar mit einem Monatsdurchschnitt von etwa 40 000 t Roheisen. Die Beschäftigung an den einzelnen Straßen sieht für die folgenden Monate so aus: Drahtstraße dreischichtig / 45-Stunden-Woche und zwei Zusatzschichten, Feinstraße dreischichtig / 5-Tage-Woche, 550er Straße zweischichtig / 6-Tage-Woche, Quartostraße / 11-Schichten-Woche, Scherenlinie dreischichtig.

Der gedämpfte Optimismus, der aus den wesentlichen Berichten dieser Betriebsversammlung sprach, schlug sich auch im gesamten sehr ruhigen und sachlichen Verlauf nieder.

thyssenkrupp Corporate Archives

Von Lesern notiert

Es gibt manches Geschehen, was man am Rande des Betriebsalltags beobachten kann. Wer von unseren Lesern glaubt, daß es sich lohnt, auch die anderen Leser der Werkzeitschrift an seinen Beobachtungen teilhaben zu lassen, der schreibt sie für die Rubrik „Von Lesern beobachtet und notiert" auf und schickt das Manuskript mit der Werkspost an die Abteilung Betriebliche Information.

Ist der Redaktionsausschuß der Werkzeitschrift auch der Ansicht, daß der Beitrag andere Leser interessieren könnte, wird er in einer der nächsten Ausgaben veröffentlicht.

Wir beginnen unsere Reihe heute mit den Beobachtungen, die uns unser Leser Günter Ebenau mitteilte.

Turmfalken sind bei uns zu Gast

Ein Pärchen Turmfalken nistet im Gemäuer der alten Zechengebäude an der Essener Straße. Es ist bemerkenswert, daß sich derart scheue Greifvögel bei uns heimisch fühlen. In diesem Frühjahr sind sie zu ihrem alten Horst, verborgen hinter einem Regenabflußrohr, zurückgekehrt. Der benachbarte Schlackenberg und das Gelände hinter dem neuen Preßwerk dienen als Jagdrevier. Dort spähen die Turmfalken nach kleinen Nagern und Insekten aus. Fast täglich kann man die eleganten Flugkünste der Turmfalken beobachten. Wenn sie ein Beutetier am Erdboden entdeckt haben, bleiben sie in der Luft an einem Punkt und rütteln mit ihren Schwingen, um erst in einem besonders günstigen Augenblick auf die Beute herabzustoßen. Seit Jahrhunderten gelten alle Falkenarten als edle Geschöpfe. Sie waren oft Wappensymbol für den Adel. Die großen Falken wurden als Beizvögel für die Jagd benutzt. Heute sind die Falken und ihre Gelege ganzjährig gesetzlich geschützt. Bisher konnten sich die Turmfalken in unserer Industrielandschaft behaupten.

Vermutlich werden „unsere Turmfalken" in den nächsten Monaten ihren Horst verlieren, denn die alten Zechengebäude sollen demnächst abgerissen werden. Die jungen Falken sind dann sicher schon flügge. Die Brutzeit beträgt 28 bis 31 Tage. Und 27 bis 33 Tage hocken die Jungen im Nest, unersättlich Futter heischend, bis sie selbst flugfähig sind.



Wo kann das Turmfalkenpaar im nächsten Jahr horsten? Die modernen Industriebauten sind absolut zweckmäßig konstruiert. Der suchende Turmfalke findet dort keine Mauerspalten, Nischen und überhängenden Simse, keine Schlupfwinkel für einen neuen Horst. Dieser schöne Greifvogel ist meistens standorttreu. Vielleicht findet er eine Horstmöglichkeit am Rande des Schlackenbergs, dessen Bäume inzwischen herangewachsen sind. Wir sollten darauf vertrauen, daß sich der blaugrau und rostrot gefiederte, etwa taubengroße Turmfalke an die veränderte Umwelt anzupassen versteht und auch künftig sein katzenähnliches gieh - gieh - gieh hören lassen wird.

Eugen Loderer zum Nachfolger Otto Brenners gewählt

Auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in München wurde der bisherige 2. Vorsitzende dieser größten Industriegewerkschaft der Welt mit 442 Stimmen bei 20 Enthaltungen und 6 Nein-Stimmen zum Nachfolger Otto Brenners als 1. Vorsitzender gewählt. Neuer 2. Vorsitzender wurde Hans Mayr, der bisher im geschäftsführenden Vorstand das Arbeitsgebiet Tarifpolitik hatte. Der Betriebsratsvorsitzende der August Thyssen-Hütte, Rudolf Judith, der bisher ehrenamtliches Mitglied des IG-Metall Vorstandes war, und der persönliche Referent Otto Brenners, Hans Preiss, wurden neu in den geschäftsführenden Vorstand gewählt.

Die IG Metall, so sagte Eugen Loderer in seiner Einführungsansprache in München, werde auch in Zukunft den von ihrem verstorbenen Vorsitzenden Otto Brenner vorgezeichneten Weg verfolgen. Hierbei verwies er besonders auf die Fortsetzung der aktiven Lohnpolitik und auf die Durchsetzung der Forderung nach Mitbestimmung in allen Wirtschaftsbereichen.

Änderung des Lohnabrechnungsverfahrens

Im Zuge der Neuorganisation der Oberhausener Personaldatei wurden neue Lohnprogramme eingesetzt. Die bisher verwendete Arbeitsnummer für Lohnempfänger entfällt aus abrechnungs- und verwaltungstechnischen Gründen. Ab 1. Juni 1972 wird jedes Belegschaftsmitglied unter einer unveränderlichen Personalstammnummer geführt und verrechnet.

Aus diesem Grunde ist es erforderlich, daß auf allen Belegen, auf denen bisher die Arbeitsnummer Verwendung fand, vom genannten Termin ab nur noch die Stammnummer und ggf. die Betriebsnummer (bisher Löhnungsstelle) angegeben wird.

Den Belegschaftsmitgliedern wurden mit einem persönlichen Schreiben die Stammnummern und die Betriebsnummern bekanntgegeben.

Brennstoffbestellungen auf neuem Vordruck

Im Zusammenhang mit der Umstellung der Lohnprogramme mußten einige Vordrucke geändert werden, u. a. der für Kohlenbestellungen. Der neue Beleg kann zukünftig sowohl für Bestellungen bei der Hanielschen Handelsgesellschaft als auch für Bestellungen bei der Oberhausener Kohlen- und Eisenhandelsgesellschaft verwendet werden. Er ist ausgefüllt an die Sozialabteilung zu senden, die sie an die einzelnen Lieferfirmen weiterleitet.

Schutzhelm verhinderte schweren Unfall

Auf der Gießbühne Ofen 6 im Siemens-Martin-Werk II war ein Belegschaftsmitglied damit beschäftigt, den Stopfen der 250-t-Gießpfanne zu lösen. Hierbei löste sich vom etwa fünf Meter höher liegenden Pfannenrand ein schätzungsweise 15 kg schwerer Schlackenbär, schlug auf das hochgeklappte Gesichtsschutzschild, zertrümmerte dieses und rutschte dann von der Mitte des Schutzhelmes nach hinten auf den Rücken des Mitarbeiters. Durch den Helm geschützt kam der Unfallverletzte mit Prellungen und Hautabschürfungen davon. Was ihm passiert wäre, wenn er keinen Schutzhelm getragen hätte, mag man sich gar nicht ausdenken.

Probleme des erweiterten gemeinsamen Marktes — auch für die Thyssen-Gruppe

Mit den Problemen, die durch die Vergrößerung des gemeinsamen Marktes um Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen auf uns zukommen werden, beschäftigte sich der Vorstandsvorsitzende der ATH, Dr. Sohl, in seinem großen Bericht auf der Hauptversammlung. Er führte zu diesen Fragen folgendes aus:

thyssenkrupp Corporate Archives

„Mit der bevorstehenden Erweiterung des Gemeinsamen Marktes wird für Europa ein besonders wichtiger Schritt eingeleitet, der auch die Stahlindustrie vor neue Aufgaben stellt. Trotz mancher Rückschläge in der Vergangenheit haben wir uns immer zum Gemeinsamen Markt bekannt, und deshalb begrüßen wir ohne jede Einschränkung seine Erweiterung.

Mit der Vergrößerung werden aber auch die Probleme wachsen. In der Sechser-Gemeinschaft gab es überall große Hüttenwerke, so daß die europäische Stahlpolitik bisher trotz aller Unterschiede letztlich doch immer von der gleichen Grundlage ausgehen konnte. Durch den Beitritt Irlands, Dänemarks und Norwegens, die alle drei stahlwirtschaftlich gesehen überwiegend als Verbrauchsländer von Bedeutung sind, wird es in Zunkunft schwieriger werden, eine einheitliche Willensbildung in der Gemeinschaft herbeizuführen.

Mit dem Vereinigten Königreich tritt dagegen ein bedeutendes Industrieland zur Gemeinschaft, dessen Stahlerzeugung überwiegend in der staatlichen British Steel Corporation zusammengefaßt ist. Sie wird im erweiterten europäischen Markt mit einem Erzeugungsanteil von gegenwärtig 17 % das weitaus größte Stahlunternehmen sein. Das setzt neue Maßstäbe für den Wettbewerb im europäischen Stahlmarkt.

Gemeinsamer Markt – das bedeutet aber nicht nur Beseitigung von Zöllen, Steuergrenzen und anderen Handelshemmnissen, das heißt auch, die kostengünstigste Versorgung der Verbraucher aus jeweils optimalen Standorten sicherzustellen. Ohne einen dynamischen und funktionsfähigen Wettbewerb läßt sich dieses Ziel nur schwerlich verwirklichen. Dazu gehört die unternehmerische Freiheit in Investitionsentscheidung und Preisgestaltung genauso wie der heilsame Zwang zur Rentabilität.

Für die August Thyssen-Hütte als das größte privatwirtschaftliche Stahlunternehmen Europas, das sich wie kein vergleichbares Hüttenwerk – weder in den USA, noch in Japan oder sonstwo in der Welt – dem freien Spiel des Wettbewerbs ausgesetzt sieht, ist diese Frage von besonderer Bedeutung. Manch andere Stahlunternehmen, die nicht unter Gewinnzwang stehen, neigen dazu, ihre Absatzpolitik nicht so sehr auf den Ertrag als nach Beschäftigungsgesichtspunkten auszurichten. Für uns bleibt es dabei, daß auch in Zeiten erschwerter Marktverhältnisse die Rentabilität des Unternehmens im Interesse der Erhaltung unserer Leistungsfähigkeit an erster Stelle steht."

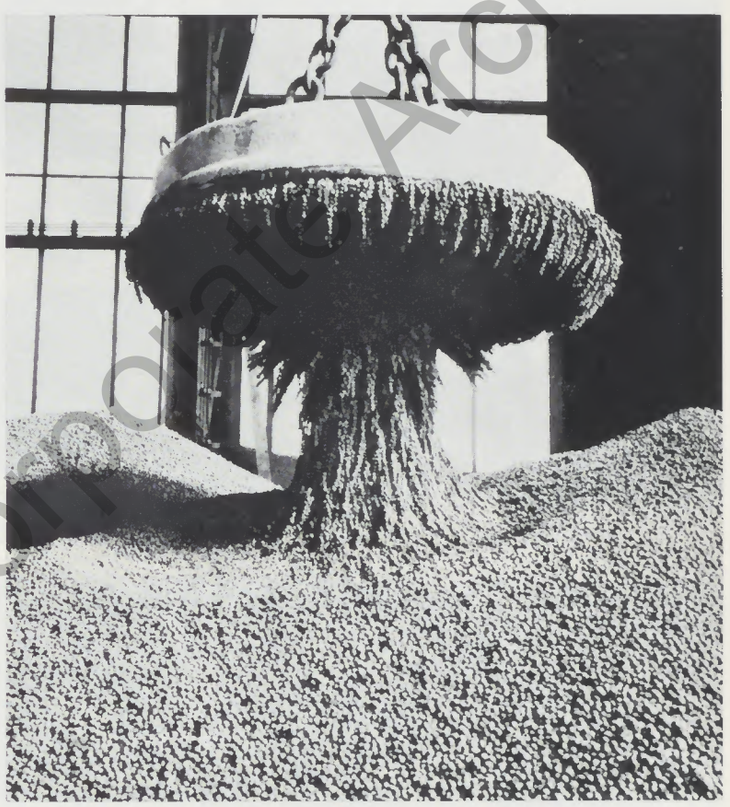
Neugliederung bei DEW und Handelsunion

Ähnlich wie der Thyssen Niederrhein Bereich im vergangenen Jahr werden jetzt auch die Deutschen Edelstahlwerke und die ebenfalls zur Thyssen-Gruppe gehörende Thyssen-Handelsunion AG neu geordnet. Der Weg zu dieser Neuordnung wurde durch die Genehmigung der Verschmelzungsverträge zwischen der August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft und der Deutschen Edelstahlwerke Aktiengesellschaft bzw. der Thyssen-Handelsunion Aktiengesellschaft auf der ATH-Hauptversammlung freigemacht. Bei der Handelsunion ist einerseits eine Zusammenfassung des werksorientierten in- und ausländischen Stahlhandels und andererseits eine Neuordnung der breitgefächerten übrigen Geschäftsbereiche vorgesehen, von denen sich die Thyssen-Gruppe auch künftig eine besonders kräftige Expansion erhofft.

Direktreduktion für brasilianisches Stahl- und Walzwerk vorgesehen

Bei der Behandlung des Themenkreises Elektrostahl und Direktreduktion auf der ATH-Hauptversammlung teilte Vorstandsmitglied Dr. Brandi unter anderem mit, daß man mit dem bei Thyssen Niederrhein entwickelten Verfahren der Direktreduktion – Purofer genannt – gute Erfahrungen gemacht habe. Daher sei für die zweite Ausbaustufe des im Bau befindlichen Stahl- und Walzwerkes der brasilianischen Beteiligungsgesellschaft Cosigua der Einsatz der Direktreduktion vorgesehen.

Die Interessen der Thyssen-Gruppe auf dem Gebiet der Direktreduktion sollen in der Thyssen-Purofer GmbH zusammengefaßt werden.



Eisenschwamm aus der Oberhausener Purofer-Anlage.

Auf der ATH-Hauptversammlung teilte der Vorstandsvorsitzende Dr. Sohl die Absicht mit, die Interessen der Thyssen-Gruppe auf dem Gebiet der direkten Reduktion in der Thyssen-Purofer GmbH zusammenzufassen. Die neue Gesellschaft wird in Zusammenarbeit mit der bereits vor einiger Zeit gegründeten Thyssen-International GmbH das in Oberhausen entwickelte Verfahren sowohl in ausländischen Beteiligungsgesellschaften als auch auf anderem Weg kommerziell verwerten.

Zu dem Puroferverfahren selbst sagte Dr. Sohl:

„Im Zusammenhang mit der Direktreduktion betreiben wir bei Thyssen Niederrhein in Oberhausen seit zwei Jahren eine Versuchsanlage nach dem von uns entwickelten Purofer-Verfahren mit einer Kapazität von 500 Tagestonnen – einer Größenordnung also, die bereits für den produktionstechnischen Einsatz geeignet ist. Inzwischen wurden in dieser Anlage in einem breitgefächerten Versuchsprogramm mehr als 100 000 t hochwertiger Eisenschwamm mit einem Reduktionsgrad von über 96 % und großer Reinheit erzeugt. Einen erheblichen Teil dieses Eisenschwamms haben wir sowohl in unseren Duisburger Oxygenstahlwerken als auch bei unserer holländischen Beteiligungsgesellschaft NKF im Lichtbogenofen zu Stahl verarbeitet. In der Purofer-Anlage in Oberhausen führen wir weitere Betriebsversuche durch, mit dem Ziel, das Verfahren technisch-wirtschaftlich zu verbessern. Die Betriebsbereitschaft der Anlage und des Verfahrens selbst ist bereits jetzt unter Beweis gestellt."

thyssenkrupp Corporate Archives



Vor leeren Kuchentellern muß man noch auf Reden lauschen, bevor es die Abschlußzeugnisse, Bücher zum Andenken und für die „sehr guten" und „guten" eine Geldprämie gibt. Nicht zu vergessen: Nach dem offiziellen Teil wurde den neuen Bürogehilfinnen, Industriekaufleuten und Facharbeitern Kaffee und Kuchen serviert.

Ein besonderer Erfolg für die Stufenausbildung

Ehemalige Bürogehilfinnen schafften bei der Prüfung zum Industriekaufmann „sehr gut" und „gut" —

Traditionelle Abschlußfeier beendete die Ausbildung endgültig

Der Abschluß der Ausbildungszeit für die 13 Industriekaufleute zeichnete sich in diesem Jahr durch zwei nicht alljährliche Tatsachen aus: Erstens dadurch, daß sich unter den Prüflingen zwei Umschüler befanden, die beide ihr 40. Lebensjahr überschritten haben und von denen einer sogar die Note „gut" erhielt (Lesen Sie darüber in unserer nächsten Ausgabe „Beispiele großer Mobilität — am Porträt Paul Hemmerts dargestellt"), zweitens schafften vier ehemalige Bürogehilfinnen über die Stufenausbildung mit nunmehr zwei Abschlußprüfungen und einer Zwischenprüfung den Weg zum Industriekaufmann. Und sie schafften ihn so gut, daß sie die beiden einzigen Teilnehmer mit der Note „sehr gut" stellten und die beiden anderen die Note „gut" erzielten. Bei den Industriekaufleuten gab es noch weitere 4 mit „gut" und 4 mit „bestanden". Bei den Bürogehilfinnen war das Ergebnis nicht so gut wie in den Vorjahren. Von den 25 jungen Damen, die an der Prüfung teilnahmen, erhielten eine das Prädikat „gut", 18 „bestanden". Hierbei muß aber doch darauf hingewiesen werden, daß unter „bestanden" alle Noten zusammengefaßt sind, die für ein „gut" zu schlecht und für ein „nicht bestanden" zu gut sind. 6 Bürogehilfinnen müssen ihre schreibtechnischen Fähigkeiten noch einmal unter Beweis stellen, während sie in allen kaufmännischen Fähigkeiten die Prüfung erfolgreich ablegen konnten.





Zwei glückliche Industriekaufleute, Ruth Pietsch (links) und Gisela Bühren (rechts), schafften über die Stufenausbildung die Prüfung mit „sehr gut".

Bei den technisch Auszubildenden konnten von 23 einer mit Auszeichnung und sechs mit „gut und besser" ihre Abschlußprüfung ablegen. Drei müssen ihre Prüfung noch einmal wiederholen.

Mit diesen Zahlen und Ergebnissen machte der Leiter der Abteilung Aus- und Fortbildung, Dipl.-Ing. Kaempf, auf einer schon in Oberhausen zur Tradition gewordenen kleinen Abschlußfeier bekannt.

Er sprach allen zu ihrer bestandenen Prüfung die Glückwünsche aus und bedankte sich bei den Ausbildern.

Denen, die das Prädikat „sehr gut" bzw. „gut" erzielten, wurde neben einem Buch auch eine Geldprämie in Höhe von DM 300 bzw. DM 200 überreicht, vielleicht ein Ansporn für die nächsten Jahrgänge, den „sehr guten" und „guten" nachzueifern.

An den Dank, den der ehemalige Auszubildende Werner Bienerts allen sagte, die sich um die Ausbildung bemüht hatten, schloß sich eine Stunde des Zusammenseins an, die Brigitte Hartig mit einem gutmundenden Glückwunsch der Jugendvertretung eröffnete, und die die Möglichkeit gab, Vergangenes wieder ins Gedächtnis zu rufen und Zukunftspläne zu entwickeln.

thyssenkrupp Corporate Archives

Die erste Betriebsjugendversammlung nach der Wahl

Neue Jugendvertretung legte ihr Programm vor — Die Diskussion nahm breiten Raum ein

Am Donnerstag, dem 20. Juni, fand die erste Betriebsjugendversammlung statt. Sie wurde in der Ausbildungswerkstatt 2 abgehalten. Leider wiesen die technischen Anlagen Mängel auf, so daß die Diskussion nicht ohne Verständigungsschwierigkeiten zu führen war.

Der neue 1. Vorsitzende Benno Neumann stellte zu Beginn der Versammlung die Mitglieder der Jugendvertretung vor und sprach dem Betriebsrat und dem Wahlvorstand Dank für die Unterstützung bei der Durchführung der Wahl aus. Er machte mit dem Wahlergebnis und dem Verlauf der konstituierenden Sitzung bekannt (mit beiden befassen wir uns kurz an anderer Stelle auf dieser Seite) und wies darauf hin, daß die neue Jugendvertretung sich auf dieser Sitzung eine Konzeption gegeben habe. Sie wurde der Versammlung von Brigitte Hartig vorgelesen.

Überlegungen der Jugendvertretung

Zunächst beschäftigen sich diese Überlegungen der Jugendvertretung mit den Mitbestimmungsrechten auf dem Gebiet der Ausbildung. Auch werden die Vorstellungen der Jugendvertretung über den Wirtschafts- und Sozialunterricht und über die Aufstellung von Ausbildungsplänen vermittelt, die einem Jugendlichen die Möglichkeit geben soll, seinen Ausbildungsgang vom ersten bis zum letzten Tag zu überblicken. Hingewiesen wurde auch auf ein Gespräch, das zwischen dem Betriebsrat, dem Leiter des technischen Ausbildungswesens, Pagel, und der Jugendvertretung stattgefunden hat und bei dem noch einmal das Interesse der Jugendvertretung an einer gemeinsamen Übergangsschulung der gewerblich und kaufmännisch Auszubildenden herausgestellt wurde. Man einigte sich darauf, dieses Gespräch für die Übergangsschulung 1973 zu wiederholen. Betriebsrat und Jugendvertretung hoffen nämlich, etwa noch vorhandene Gegensätze zwischen gewerblich und kaufmännisch Auszubildenden durch eine gemeinsame Übergangsschulung abzubauen. Auch will sich die Oberhausener Jugendvertretung mit der des Duisburger Werkes wegen der Gründung einer gemeinsamen Gesamt-Jugendvertretung in Verbindung setzen.

Berlinfahrt vom 14. bis 18. August

Den Bericht der Jugendvertretung erstattete Günter Höfling. Zunächst teilte er mit, daß eine Verlegung der Arbeitszeit für Jugendliche in den Sommermonaten aufgrund eines Gutachtens des Max-Planck-Institutes abgelehnt worden sei. Die diesjährige Berlin-Fahrt findet in der Zeit vom 14. bis 18. August statt. Für die mit DM 285,— sehr preisgünstige 10-Tage-Fahrt nach Rumänien sind noch einige Plätze frei.

In einer Dia-Schau wurde mit Sinn und Aufgaben der Mitbestimmung und mit ihren Organen in den Unternehmen in anschaulicher Weise bekanntgemacht.

Die Diskussion entzündete sich an der Raumfrage für Betriebsjugendversammlungen, befaßte sich aber auch mit Problemen, die in einem direkten Zusammenhang mit den Aufgaben der Jugendvertretung stehen.

Hohe Beteiligung bei der Wahl zur Jugendvertretung — In der konstituierenden Sitzung wurde Benno Neumann zum Vorsitzenden gewählt



Am 8. und 9. Juni fand im Werk Oberhausen die Wahl zur Jugendvertretung statt. Von den 272 Stimmberechtigten machten 219 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die Wahlbeteiligung betrug also 80,5 Prozent. Von den 19 Kandidaten wurden folgende 7 gewählt: Günter Höfling mit 170 Stimmen, Benno Neumann mit 159 Stimmen, Lothar Strasda mit 158 Stimmen, Volker Becker mit 125 Stimmen, Dietmar Lorenz mit 99 Stimmen, Brigitte Hartig und Sigrid Lange mit je 82 Stimmen.

In der konstituierenden Sitzung wurde der 20jährige Elektriker Benno Neumann zum 1. und der 22jährige Fernmeldemonteur Lothar Strasda zum 2. Vorsitzenden gewählt. Die Jugendvertretung verzichtete auf die Bestellung eines Schriftführers.

ThyssenKrupp Corporate Archives

Betriebskrankenkasse — im vergangenen Geschäftsjahr nicht ohne Defizit

Die Betriebskrankenkasse des Werkes Oberhausen der Thyssen Niederrhein AG legt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1971 vor, der zwei Tatsachen verzeichnet, die zu einer bedrohlichen Belastung der BKK führten und die Schuld an dem Defizit von DM 978392,— im vergangenen Jahr tragen. Es sind dies Ausgabensteigerungen bei den Arzthonoraren von über 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr bei einer Gesamtausgabensteigerung von 23 Prozent und der hohe Anteil der Rentner an der Gesamtmitgliederzahl. 1971 zählte die Betriebskrankenkasse 8822 aktive Mitglieder und 5009 Rentner, dazu betreut die Kasse noch 15909 Familienangehörige, eine Zahl, die ja in dieser Höhe auch eine Mehrbelastung darstellt. Also insgesamt 29740 Personen muß die Kasse Versicherungsschutz bieten.

Den Einnahmen von DM 17121341,- standen Ausgaben von DM 18099734,- gegenüber. Wenn man die Einnahmen und Ausgaben einmal aufgliedert nach aktiven Mitgliedern und Rentnern, so stehen sich bei den Aktiven Einnahmen von DM 12515286,- und Ausgaben von DM 11680763,— gegenüber. Es ist also ein Überschuß von rund DM 834523,— erzielt worden. Bei den Rentnern dagegen hatte die Kasse Einnahmen von DM 4606055,—, denen Ausgaben von DM 6418971,— gegenüberstanden, so daß auf dieser Seite ein Defizit von DM 1812915,— auftrat, das nur durch den Überschuß bei den Aktiven auf den Betrag von rund DM 978000,- gesenkt werden konnte.

Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen aktiven Mitgliedern und Rentnern hat sich von Jahr zu Jahr zu Ungunsten der Aktiven verschlechtert. 1968 kamen auf rund 11000 Aktive 4238 Rentner, 1969 sank die Zahl der Aktiven auf 10308 und die der Rentner stieg auf 4578. Im Jahr 1970 war bei 9907 und 4910 Rentnern jedes dritte Kassenmitglied Rentner, während die Zahlen sich 1971 besonders kraß entwickelten, und zwar wie wir bereits oben ausführten auf 8822 Aktive und 5009 Rentner. Gegenüber 1962 hat die Zahl der aktiven Mitglieder um 31,84 Prozent abgenommen und die Zahl der Rentner um 63 Prozent zugenommen. An dieser Entwicklung haben natürlich die strukturellen Maßnahmen in den letzten Jahren wesentlich Anteil.

Honorarerhöhungen um 25% — erhebliche Mehrbelastung

Selbstverständlich trugen die erheblichen Honorarerhöhungen zu der Verschlechterung der finanziellen Lage der Kasse im vergangenen Jahr bei. So mußte die BKK für ärztliche Behandlung je Fall im Jahr 1970 DM 28,82 und im Jahr 1971 DM 36,10 aufwenden. Was das an Mehrbelastungen bei fast 80000 Fällen 1971 für Mitglieder und Angehörige und bei über 29000 Fällen für Rentner an Mehrbelastungen mit sich brachte, kann sich jeder leicht ausrechnen. Bei Zahnbehandlungen stieg diese Belastung pro Behandlungsfall von DM 40,80 auf DM 48,93. Es ist nur zu verständlich, wenn der Geschäftsbericht zu diesem Punkt der bald nicht mehr tragbaren Ausgabenhöhe in seiner Einleitung sagt:

„Ausgabensteigerungen bei den Ärzten um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr bei einer Gesamtausgabensteigerung von über 23 Prozent sind unseres Erachtens in Zukunft nicht mehr tragbar. Sie zwingen die Kasse zu harten Maßnahmen, besonders gegenüber den Ärzten und Zahnärzten. Wir wollen uns durchaus nicht Preiserhöhungen verschließen, die im Rahmen der allgemeinen Preissteigerungen liegen. Preissteigerungen von 25 Prozent und mehr haben jedoch mit den üblichen Preissteigerungen nichts mehr zu tun und stehen im krassen Mißverhältnis zu den Einkommen sonstiger Berufsgruppen."

Trotz weniger Aufenthaltstage höhere Krankenhauskosten

Jedoch nicht nur die Honorarerhöhungen wirkten sich im vergangenen Geschäftsjahr ungünstig auf die finanzielle Entwicklung der Betriebskrankenkasse aus, sondern vor allen Dingen auch die Krankenhauspflegekosten. Sie stiegen pro Fall von DM 1241,77 im Vorjahr auf DM 1553,03 im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die Kostenerhöhung ist tatsächlich aber noch höher als diese Zahlen zeigen, weil die Krankenhausverweildauer gegenüber dem Vorjahr von 26,5 Tagen auf 24,7 Tage gesunken ist, bei den Rentnern sogar von 34,8 auf 31,2 Tage.

Das sind zwar die augenfälligsten Kostenerhöhungen, jedoch nicht die einzigen. Erwähnenswert sind noch die, die durch die Einführung der Krebsvorsorgeuntersuchungen und durch die Prämienrückgewährung für nicht in Anspruch genommene Krankenscheine entstanden sind. Der Geschäftsbericht weist für die Prämienrückgewähr immerhin einen Betrag von über DM 130000,— auf der Ausgabenseite auf.

Ein Blick auf die Entwicklung des Krankenstandes zeigt, daß der der Betriebskrankenkasse im vergangenen Geschäftsjahr nicht etwa über dem Durchschnittsstand des Hüttenwesens in der Bundesrepublik gelegen hat — was man vielleicht bei der wesentlichen Erhöhung auf der Ausgabenseite hätte vermuten können —, sondern mit 6,91 Prozent gegenüber 7,27 Prozent deutlich darunter lag. In den letzten beiden Monaten des Jahres war dieser Unterschied noch auffälliger, weil hier 5,94 Prozent bzw. 6,02 Prozent bei der BKK 7,15 Prozent bzw. 7,98 Prozent im Durchschnitt Hüttenwesen allgemein gegenüberstanden.

Ausblick auf das laufende Jahr nicht rosig

Bei dem schon früh erkennbaren Trend des vergangenen Geschäftsjahres kam die Betriebskrankenkasse einfach nicht umhin, den Beitragssatz Mitte des Jahres von 8,8 Prozent auf 9,8 Prozent zu erhöhen. Daß die Betriebskrankenkasse nicht mit einer wesentlichen Änderung dieses Trends für das neue Geschäftsjahr gerechnet hat, geht aus dem Ausblick hervor, den sie an den Schluß ihres Berichtes setzt. Darin heißt es:

„Die Vertragspartner haben fast durchweg ihre Verträge zu Beginn des Jahres 1972 gekündigt, um höhere Vergütungen zu erzielen. Die Kasse wird daher, um ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten, ihre Beiträge zu Beginn des Jahres namhaft erhöhen müssen, um so ihren laufenden Verpflichtungen nachzukommen.

Die gesetzlich vorgeschriebene Rücklage in Höhe von DM 2559000,— muß außerdem aufgefüllt werden. Diese Rücklage ist vom Gesetzgeber zwingend vorgeschrieben. Sie dient zur Deckung eines außergewöhnlichen Bedarfs bei Epidemien."

Diese namhafte Beitragserhöhung ist, wie wir ja schon berichteten, zum 1. Februar 1972 erfolgt, und zwar von 9,8 auf 11,4 Prozent.

Die Betriebskrankenkasse kann nur hoffen, daß sich durch die stetige Erhöhung der Belegschaftszahl beim Werk Oberhausen der Thyssen Niederrhein AG in diesem Jahr das Verhältnis aktiver Mitglieder und Rentner zugunsten der Aktiven und demnach auch zugunsten der BKK ändert.

thyssenkrupp Corporate Archives

Wenn man im Auslandsurlaub krank wird

Vor Beginn der Hauptreisezeit weist die Betriebskrankenkasse auf den Krankenversicherungsschutz im Ausland hin, der von den Krankenkassen geboten wird.

Mit folgenden Ländern bestehen Sozialversicherungsabkommen: Belgien, Frankreich, Luxemburg, Italien, Niederlande, Griechenland, Österreich, Spanien, Türkei, Großbritannien, Nordirland, Jugoslawien und Portugal.

Während bei einem Aufenthalt in Großbritannien und Nordirland ohne Versicherungsausweis Leistungen durch den Nationalen Gesundheitsdienst erbracht werden, ist bei einem Aufenthalt in den anderen vorgenannten Staaten eine Anspruchsbescheinigung des Deutschen Sozialversicherungsträgers erforderlich, um Leistungen des ausländischen Versicherungsträgers in Anspruch nehmen zu können. Diese Anspruchsbescheinigungen werden von den gesetzlichen Krankenkassen auf Antrag des Versicherten für die Zeit des Aufenthaltes im Ausland ausgestellt.

Da die Krankenversicherungssysteme in den ausländischen Staaten unterschiedlich sind und nicht das deutsche Recht, sondern das Recht des Sozialversicherungssystems des Gastlandes bei Erkrankungen im Ausland zur Anwendung kommt, werden von unserer Krankenkasse zu den Anspruchsbescheinigungen Merkblätter ausgehändigt. Es ist wichtig, die Merkblätter, die Auskunft über das richtige Verhalten bei Erkrankungen im Ausland geben, zu beachten, da ein abkommensgemäßes Verhalten eine Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Leistungen im Ausland ist. Die Sozialleistungen ausländischer Staaten sind unterschiedlich, allgemein wird eine kostenlose Behandlung gewährt, verschiedentlich sind auch geringe Zuzahlungen zu leisten.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß es vereinzelt vorkommt, daß ausländische Ärzte bei ambulanter Behandlung das Abkommen ignorieren und von den deutschen Versicherten Bezahlung für Privatbehandlung verlangen. Diese Mißachtung der Abkommen ist besonders in einigen Teilen von Österreich üblich. Sollte der Versicherte somit gezwungen sein, die Behandlung im Ausland privat zu bezahlen, bleibt ihm nur die Möglichkeit, die quittierten Rechnungen der deutschen Krankenkasse vorzulegen, die sodann eine Erstattung nach den abkommensgemäßen Vertragssätzen vornimmt. Da die Privatrechnungen naturgemäß höhere Beträge aufweisen, verbleibt der Restbetrag zu Lasten des Versicherten.

Versicherte, die sich in Länder begeben, mit denen kein Sozialversicherungsabkommen besteht, können keinen Versicherungsschutz für den Aufenthalt im Ausland erhalten. Hier dürfte zu empfehlen sein, den von Privatversicherungen angebotenen Versicherungsschutz in Anspruch zu nehmen, der äußerst preiswert angeboten wird.

Der Urlaubstip des Arztes:

Vorsorge ist besser als im Ausland krank werden

Der Urlaub, die Zeit der geplanten Erholung, wurde von den Medizinern in den letzten Jahren immer deutlicher als Krankheitsfaktor erkannt. Sie sprechen von „Urlaubsschäden" und verstehen darunter in erster Linie unfreiwillig und meistens auch unbewußt importierte Infektionskrankheiten, aber auch gefährliche Störungen des Kreislaufsystems sowie nachhaltige Belastungen des Vegetativums. Eine weitgehende Vermeidung von Infektionskrankheiten ist durchaus möglich, wenn man drei Grundregeln beachtet: Schutzimpfungen gegen die gefährlichen Seuchen Pocken, Cholera, Gelbfieber, wenn diese Krankheiten in den ausgewählten Ferienländern noch heimisch sind; peinlichste Hygiene sowie Expositionskarenz.

Bei den Schutzimpfungen erlebte man in den letzten Jahren immer wieder, daß die Gesundheitsämter und Impfanstalten erst wenige Tage vor dem Urlaubsbeginn aufgesucht werden. Dann konnte es sein, daß die Frischgeimpften des öfteren böse Überraschungen erlebten: Die zuweilen auftretenden Impfreaktionen vergällten ihnen die Freude an den ersten Ferientagen.

Nicht zu vergessen: Kein Urlaub ohne wirksamen Tetanus-Schutz! Gerade in den unbekümmerten Ferientagen häufen sich kleine Riß- und Kratzwunden — ideale Eintrittspforten für die heimtückischen Tetanus-Erreger.

Oberstes Gebot für alle Urlaubsreisen in südliche Regionen: gesteigerte Hygiene ist notwendig. Das gilt in erster Linie für die Camping-Freunde. Unkontrollierte Wasserquellen sollten ebenso gemieden werden wie Nahrungsmittel aus dubiösen Restaurants und Küchen. Dadurch kann man sich weitgehend vor dem häufigsten Gesundheitszwischenfall auf Reisen, nämlich dem Durchfall, der von Salmonellen verursacht wird, schützen. Erfahrungen aus den letzten Jahren des sehr stark angewachsenen Massentourismus haben gezeigt, daß die aus dem Urlaub importierten Typhus- und Paratyphusinfektionen immer häufiger werden. Während man sich bei einer leichten Durchfallerkrankung selbst helfen kann — Ruhe, Wärme, Fasten und Zufuhr von Flüssigkeiten und Kochsalz sind die wichtigsten Selbsthilfemaßnahmen —, wäre es unverantwortlich, keinen Arzt zu konsultieren, wenn neben der Diarrhoe noch Fieber und/oder Hautausschläge auftreten. Gegen die gefährlichsten Salmonellen-Krankheiten, gegen Typhus und Paratyphus, kann man sich übrigens bequem durch eine Schluckimpfung schützen.

Auch Rücksicht auf zu starke Sonneneinstrahlung sollte immer wieder genommen werden, weil allzu leicht Schäden entstehen können, wenn man sich den Wunsch, braun gebrannt zu werden, zu schnell erfüllen will. Urlaub soll — und das ist oberstes Gebot — der Wiederherstellung körperlichen und seelischen Wohlbefindens dienen und nicht in einer „Urlauberklinik" enden.

Dr. med. Claude Durand

Österreich, Italien und die Schweiz beliebteste Urlaubsländer

Die am stärksten von deutschen Urlaubern besuchten Länder sind Österreich, Italien und die Schweiz, wie eine Statistik über deutsche Reiseausgaben im Ausland für das Jahr 1971 zeigt. Insgesamt gaben deutsche Bundesbürger für ihren Urlaub im Ausland 12,6 Mrd. DM aus, davon rund 2,7 Mrd. DM oder 22 Prozent in Österreich, 2,2 Mrd. DM oder 18 Prozent in Italien und 1,6 Mrd. DM oder 13 Prozent in der Schweiz. Es folgen die Niederlande mit 996 Mill. DM, Spanien mit 962 Mill. DM und Frankreich mit 870 Mill. DM.

■

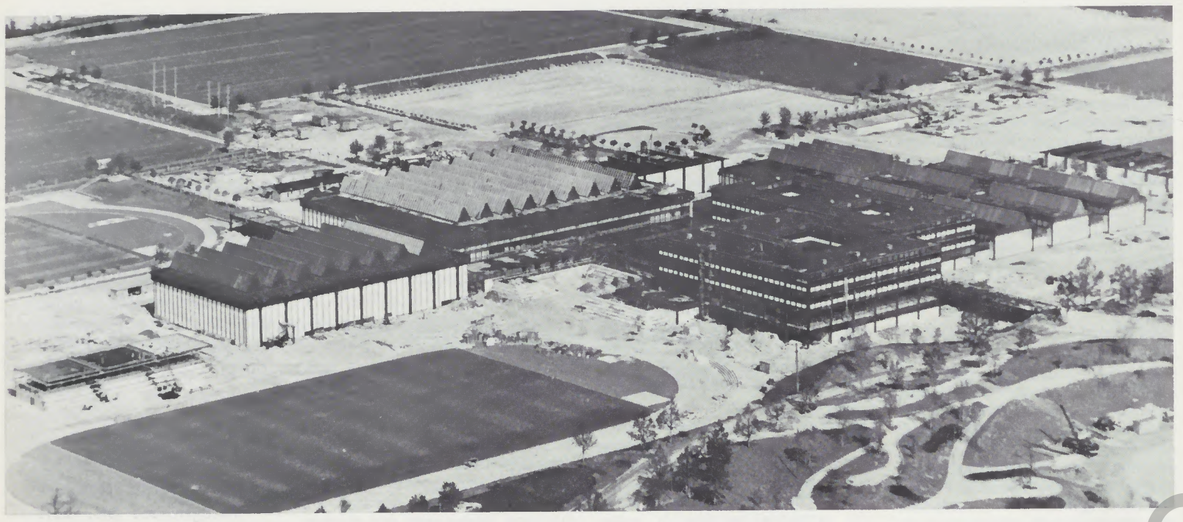
430 Belegschaftsmitglieder bei den Ruhrfestspielen

Zu einem Besuch einer der Aufführungen der diesjährigen Ruhrfestspiele in Recklinghausen hatten sich etwa 530 Belegschaftsmitglieder des Werkes Oberhausen entschlossen.

Leider konnten die Kartenwünsche von nur 430 Mitarbeitern berücksichtigt werden, weil nicht mehr Karten zur Verfügung standen. Auch die Werksjugend zeigte sich an den Ruhrfestspielen sehr interessiert, hat sie doch einen angemessenen Anteil an diesen Kartenwünschen. Daß die beiden Eigeninszenierungen den größten Zuspruch bei der Belegschaft fanden, beweist folgende Aufstellung. Es erhielten Eintrittskarten für den „Sommernachtstraum" 140 Mitarbeiter, für den „Volksfeind" 90, für Dürrenmatts „Porträt eines Planeten" 65, für Weill/Brechts „Dreigroschenoper" 45, für die beiden Einakter „Der Liebhaber" und „Wirklich schade um Fred" 40 und den Ballettabend 20. Am wenigsten befriedigt werden konnte die Nachfrage nach der „Dreigroschenoper", mit der das deutsche Schauspielhaus Hamburg ja nur an zwei Abenden in Recklinghausen gastiert. Für das Konzert des Kölner Rundfunksinfonieorchesters mit Werken von Roussel, Bartok und Martinu meldeten vier Mitarbeiter Kartenwünsche an.

thyssenkrupp Corporate Archives

Im Zentrum des olympischen Welt-Fernsehens



Bei unseren Recherchen nach Anlagen, bei denen man TN-Stähle verwandt hat oder in denen TN-Stähle weiterverarbeitet werden, sind wir auf eines der interessantesten Objekte des Jahre 1972 gestoßen, nämlich auf das Rundfunk- und Fernsehzentrum der olympischen Spiele dieses Sommers in München. Dieses Deutsche Olympiazentrum Radio-Television, wie es offizell heißt, ist mit seinen 64 Rundfunk- und 12 Farbfernsehstudios, mit seinen Redaktionsräumen für die Presse aus aller Welt auf dem Oberwiesenfeld in einem Komplex von Hallen und Gebäuden untergebracht, die alle in Stahlskelettbauweise errichtet sind und für die fast ausnahmslos wetterfester Baustahl COR-TEN des Werkes Oberhausen der Thyssen Niederrhein AG verwandt wurde.

Natürlich ist es für die etwa eine Milliarde Fernsehzuschauer, die die olympischen Spiele in München auf dem Bildschirm in allen Ländern der Welt miterleben, und für die sicherlich mehr als eine Milliarde Rundfunkhörer, die aus den Lautsprechern die Berichte und Reportagen von der Olympiade 1972 hören, vollkommen gleichgültig, ob die Sendezentrale in einem Bau mit Stahl aus Oberhausen steht. Doch wenn wir als Mitarbeiter von Thyssen Oberhausen in den Tagen vom 26. August bis 10. September vor dem Fernsehschirm sitzen, dann erinnern wir uns vielleicht an das, was wir gerade vorher gelesen haben, daß nämlich Stahl aus Oberhausen das Rückgrat des Gebäudes der Weltfernsehzentrale in München bildet, die uns ein Miterleben der olympischen Spiele auf dem Bildschirm erst möglich macht.

Wenn nach Schluß der olympischen Spiele die mehr als 4000 Journalisten und über 2500 Rundfunk- und Fernsehtechniker die Hallen und Häuser dieses Weltfernseh-, Rundfunk- und Pressezentrums verlassen haben, wird dieser Hallenkomplex die zentrale Hochschulsportanlage aufnehmen, eine Sportakademie, die dann eine der modernsten und schönsten Anlagen dieser Art in Europa besitzen wird. Sie besteht aus dem Zentralbau, dem Lehrgangsheim, den Turn- und Gymnastikhallen, der sogenannten Dreifach-, Spiel- und Sporthalle, der Leichtathletikhalle, dem Forum und einigen kleineren Gebäuden. Die Aufzählung der vorhandenen Hallen und Gebäude veranschaulicht die Größe des Gesamtkomplexes dieser Kommunikationszentrale und späteren Hochschulsportanlage.

Übrigens wurden bei den meisten Hallen die außen vorgesetzten und darum besonders ins Auge fallenden tragenden Konstruktionen sowie wesentliche Bauteile aus dem wetterfesten Baustahl COR-TEN aus Oberhausen hergestellt.

Man hat hier wetterfesten Stahl verwandt, um die späteren Unterhaltungskosten so klein wie möglich zu halten, weil man ja bei COR-TEN keinen Schutzanstrich mehr braucht. Bei ihm bildet sich in der Atmosphäre auf der Stahloberfläche eine festhaftende Sperrschicht aus schwerlöslichen komplexen Verbindungen. Sie wird durch bestimmte Legierungskombinationen, unter anderem durch Zusatz von Kupfer und Chrom, erreicht. Die Sperrschicht schützt die Oberfläche des metallischen Eisens vor Wasser und Sauerstoff und wirkt damit der weiteren Korrosion entgegen. Diese Schutzschicht bewirkt, daß auf einen Anstrich verzichtet werden kann. Das bei normalen Baustählen zur Korrosion beitragende Schwefeldioxyd der Luft wird bei diesem Stahl als Bestandteil in die Sperrschicht eingebaut. Während der übliche Rost eine hellbraune, grobschuppige, abblätternde Substanz ist, bildet sich auf dem wetterfesten Stahl nach einiger Zeit eine festhaftende, sattdunkelbraune bis braunviolette Schicht von annähernd gleichmäßiger körniger Struktur, die nicht mehr die abwertende Bezeichnung Rost verdient, sondern in ihrer ästhetischen Wirkung eher der Patina des Kupfers vergleichbar ist.

Blick auf die Gebäude und Anlagen, in denen während der Olympiade das Zentrum für Fernsehen und Rundfunk eingerichtet ist und die später die Zentrale Hochschulsportanlage bilden werden.

Wir wollen unseren Lesern doch einmal zeigen, wie es während der Olympiade in diesen Hallen und Gebäuden aussehen wird, weil hier die technische Perfektion auf dem Gebiet des Fernsehens bis an die Grenze des heute schon Möglichen getrieben ist. Wir bekommen einen Begriff davon, was alles notwendig ist, daß die Sportenthusiasten in Moskau oder Tokio, in New York oder Mexiko, in Toronto oder London, in Sydney oder Hongkong, in Rio oder Johannisburg, in Bagdad oder Paris genauso schnell, genauso umfassend und in der gleichen Bild- und Tonqualität über die Spiele in München informiert werden wie wir in Oberhausen, Duisburg, Mülheim oder Essen.

Der große Zentralbau nimmt Redaktionsräume, allgemeine Einrichtungen wie Information, Bank, Poststelle und Restaurant auf. Vom Eingangsgeschoß kann man aber auch unmittelbar den technischen Bereich des Fernsehens und den Hörfunkbereich in der Leichtathletikhalle erreichen.

Die zentralen Umkleideräume werden während der Spiele in Schneide- und Filmentwicklungsräume umfunktioniert. Dem Sport bleibt in diesem Komplex nur die Dreifach-, Spiel- und Sporthalle als Volleyballhalle vorbehalten. Sie faßt etwa 3700 Olympiabesucher.

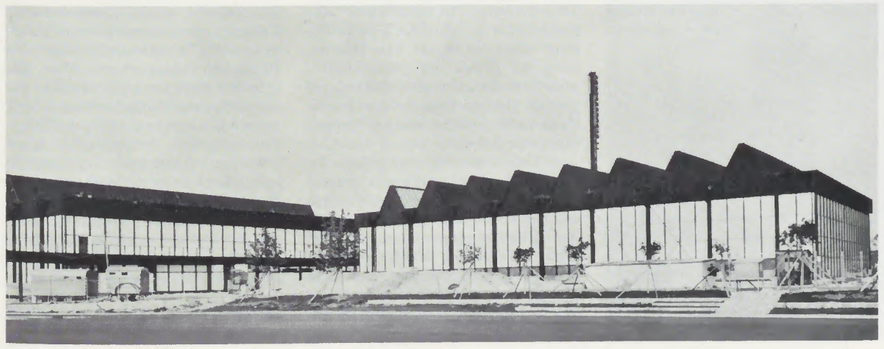
Zum technischen Ablauf wollen wir die Fachleute zu Wort kommen lassen, die unmittelbar mit dem Aufbau dieses Fernsehzentrums zu tun hatten. Wir fanden in den Presseinformationen der Firma Siemens, die nicht nur die olympische Weltzentrale für zwölf Fernsehprogramme und 60 Kommentare in 45 Sprachen mit modernsten und für den Laien kompliziertesten Geräten und Anlagen ausstattete, sondern die auch die technische Überwachung und die Verantwortung übernimmt, daß alles während der Spiele klappt, folgende Schilderung:

„Das Fernsehen liefert die totale Information – in Farbe, wie sich von selbst versteht. Rund eine Milliarde Menschen in aller Welt soll zwischen dem 26. August und 10. September 1972 mit Olympiaübertragungen im Fernsehen versorgt werden. Und zwar nicht nur mit dem offiziellen „Weltfernsehprogramm", das die Basis aller TV-Berichterstattung sein wird, sondern auch mit Zusatzkost, mit Eigenprogrammen, die die 60 beteiligten Fernsehanstalten ganz auf die speziellen Interessen ihres Publikums zuschneiden wollen.

Technisch ist man dafür gerüstet: Maximal 12 verschiedene Bildprogramme und 60 verschiedene Kommentare dazu können gleichzeitig vom olympischen Weltfernsehen in alle Welt gesendet werden. Um die Technik und Organisation für dieses Fernsehzentrum auf die Beine zu bringen, haben sich die „Arbeitsgemeinschaft der Öffentlich Rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland" (ARD) und das „Zweite Deutsche Fernsehen" (ZDF) zum „Deutschen Olympiazentrum Radio Television" (DOZ) zusammengetan. Auch aus einigen anderen Ländern, die das PAL-Farbfernsehsystem verwenden, werden Fernsehtechniker mit ihren Geräten und Ü-Wagen anrollen und Schützenhilfe leisten; denn ein Land oder gar nur eine Sendeanstalt allein könnten weder mit ihren Geräten, noch mit ihrem Personal die Übertragung der Spiele schaffen. So werden im Sommer 1972 etwa 1200 Rundfunkjournalisten und 1500 Techniker an den Sportsendungen mitarbeiten.

Siemens hat den Auftrag bekommen, die rundfunktechnischen Einrichtungen des Sendezentrums Oberwiesenfeld und der Wettkampfstätten zu planen. Einen großen Teil der Geräte, vor allem die Studioausrüstungen, werden die Sendeanstalten und Gemeinschaften zwar aus ihrem eigenen Fundus mitbringen, ebenso wie die Übertragungswagen an den Sportstätten bereitstellen. Aber immer noch muß ein gewaltiges Geräteprogramm eigens für die Aufgaben des DOZ beschafft und dort installiert werden. Dazu gehören:

- der zentrale Schaltraum, von dem aus alle Fernseh- und die dazugehörenden Tonverbindungen zu den Außenstellen und Studios, aber auch zu den Postleitungen hergestellt werden, die ihrerseits





Der hohe Fernsehturm überragt die Anlagen der Olympiastadt auf dem Oberwiesenfeld. – Links werfen wir einen Blick auf die Leichtathletikhalle der späteren Hochschulsportanlage, in der bei den Spielen der technische Bereich des Weltfernsehens und der Rundfunkbereich stationiert sind.

thyssenkrupp Corporate Archives

das DOZ mit den einzelnen Sendern verbinden;

- der Bildaufzeichnungsraum, in dem 18 Geräte zur Magnetaufzeichnung von TV-Sendungen stehen;
- der Off-Tube-Komplex, in dem jene Kommentatoren sitzen, die ihre Reportagen nicht direkt am Ort des Geschehens sprechen;
- der Regieraum für das DOZ, wo das eigentliche „Weltfernsehprogramm" gestaltet wird;
- der Dispatch- (Sende-) Raum für die Programme des DOZ, der Union der europäischen Rundfunkorganisation (EBU), in der meist westliche, und der Internationalen Rundfunk- und Fernsehorganisation (OIRT), in der hauptsächlich die osteuropäischen Sender vereinigt sind;
- drei komplett ausgebaute Filmmischstudios (hier werden Filme mit dem dazugehörenden Ton versehen);
- vier Vorführräume – kleine Kinos, in denen Filme und TV-Beiträge gezeigt und begutachtet werden können;
- die gesamte Elektro- und Kabelinstallation des DOZ;
- außerdem wird Siemens die eigenen Studios der Amerikaner komplett einrichten.



Blick in die TV-Zentrale auf dem Olympia-Gelände in München: Links die mit 48 Sichtgeräten bestückte Monitorwand, hinten und rechts ein Teil der insgesamt 61 Tongestelle. Mit dieser Anlage lassen sich 13 verschiedene Bildprogramme und 60 verschiedene Kommentare in bis zu 45 Sprachen ausstrahlen.

Ein ständiges großes „Kommen und Gehen" von Menschen wird es wahrscheinlich im sogenannten „Off-Tube-Komplex" geben, in dem die Fernsehreporter ihre Arbeitsplätze haben. Nicht jeder Kommentar zu einer Fernsehsendung wird ja heute am Ort des Geschehens gesprochen, schon deswegen, weil viele Rundfunkanstalten von möglichst allen Plätzen des olympischen Geschehens berichten möchten, aber nicht an jede Wettkampfstätte einen eigenen Reporter entsenden wollen. Von den Veranstaltungen direkt wird oft nur das Bild und ein „internationaler Ton" – nämlich die Originalgeräusche – übertragen. Dieser „internationale Ton", den die Mikrofone der Fernsehanstalten einfangen, wird auch den Hörfunksendern zur Verfügung gestellt. Im Off-Tube-Komplex in München sind nun 60 Kabinen für jeweils zwei Sprecher eingerichtet, die die Szene auf Monitoren verfolgen und kommentieren können.

Zweite wichtige Einrichtung: die olympische Konservenfabrik

Genausowenig wie ein Zuschauer zur selben Zeit in München und Kiel mit dabei sein kann und will, können und wollen alle Fernsehsender in Europa und Übersee nicht alle Ereignisse zur selben Zeit übertragen – wohl aber „zeitversetzt", also hintereinander. Dazu kommt die Absicht der Fernsehanstalten, bei den Olympischen Spielen 1972 in München eine lückenlose Dokumentation aller Wettkämpfe zu erstellen. Sollte während einer wichtigen Live-Übertragung an einem der „Nebenschauplätze" ein unerwarteter Rekord aufgestellt werden oder sonst ein wichtiges nicht vorhersehbares Ereignis eintreten, hat man es auf alle Fälle „auf Band" und kann es seinen Zuschauern bei der nächsten Gelegenheit präsentieren. Während dann also beispielsweise gerade die Hürdenläufer zu Hause über die Bildschirme huschen, wird auf einer anderen Fernsehleitung der Boxkampf, der zur selben Zeit abläuft, in das Zentrum übertragen und dort „gespeichert".

Früher hat man die Ereignisse auf Film aufgenommen, heute geht es schneller und einfacher auf einem Magnetband. Diese professionellen Bildaufzeichnungsmaschinen sehen aus wie Tonbandgeräte, die ins Riesenhafte gewachsen sind (sie arbeiten auch nach dem Prinzip der magnetischen Tonaufzeichnung), und kosten etwa DM 600 000 pro Anlage. Rund 60 solche Geräte werden in der „Weltfernsehzentrale" in Betrieb sein, 18 davon allein in der zentralen Bildaufzeichnung. Sogenannte „Slowmotion"-Maschinen ermöglichen auch die bei den Fernsehzuschauern so beliebten Wiederholungen von Einzelszenen in Zeitlupe.

Nun muß aber im Deutschen Olympiazentrum nicht nur ein großer

thyssenkrupp Corporate Archives

olympischer Fernsehkuchen gebakken, er muß auch ganz nach den Wünschen der einzelnen Sendeanstalten verteilt werden. Mit anderen Worten: auf der einen Seite liefern rund 100 TV-Kameras ihre Bilder von den Orten der Wettkämpfe in die Zentrale in München und bis zu 450 Sprecher ihre Kommentare. Auf der anderen Seite können maximal zwölf verschiedene Bilder und 60 Tonleitungen das DOZ verlassen und zu den Sendern übertragen werden. Schnittpunkte für alle diese Leitungen ist der zentrale Schaltraum.

Wer diesen 240 Quadratmeter großen Saal betritt, wird allein schon durch die 45 Bildschirme, die in der Mitte montiert sind, daran erinnert werden, daß er irgendwo in eine „Zentrale" geraten sein muß. Aber die eigentliche „Arbeit" wird hier von den 14 Bild- und 60 Tongestellen geleistet. Jedes hat etwa die Größe von einem Kasernenspind und wird von einem zentralen Pult aus vorprogrammiert und gesteuert.

Programmwechsel innerhalb von Sekunden

Eine konkrete Situation in diesem Schaltraum könnte etwa so aussehen: Zeit – zwischen 13 und 15 Uhr. Im Stadion laufen Leichtathletik-Wettbewerbe ab. Daran sind die meisten Sportfreunde interessiert, wie schon der Kartenvorverkauf zeigt; deshalb geht die Übertragung aus dem Stadion über das Weltfernsehprogramm. 13 Sender haben ihre Sprecher direkt im Stadion postiert. Die Reporter von 27 anderen Stationen schauen sich die Wettkämpfe dagegen in den Off-Tube-Kabinen an – ihre Sprechleitungen beginnen also hier. Die Sowjet-Union interessiert sich mehr für das Gewichtheben, das zur gleichen Zeit abläuft; aus diesem Grund hat man für den sowjetischen Rundfunk die Bilder aus der Messe-Halle 7 direkt nach Moskau durchgeschaltet. Gleichzeitig will man aber auch die Szenen vom Reiten aus Riem und das Boxen in der Eissporthalle auf Band aufzeichnen. Diese zwei Sendungen müssen daher von der Zentrale in den Bildaufzeichnungsraum geschaltet werden.

Um 14 Uhr wird das Weltfernsehprogramm in die Basketball-Halle zu den Judo-Kämpfen umgeschaltet. Von den 40 Sendern, die aus dem Olympia-Stadion übertragen haben, wollen nur 15 diese Sendung übernehmen. Von ihnen haben aber nur sieben eigene Sprecher in der Basketball-Halle, die acht übrigen Stationen wollen ab Punkt 14 Uhr ihre Sprechleitungen aus dem Off-Tube-Komplex geschaltet haben. Die USA und Kanada, die bis 14 Uhr ebenfalls die Stadionübertragung übernommen haben, möchten ab diesem Zeitpunkt aus ihren eigenen Studios Interviews mit erfolgreichen Olympioniken übertragen – also eine sogenannte „unilaterale Sendung". Die Gruppe der Ostblockländer beabsichtigt wiederum ab 14 Uhr die Aufzeichnung des Boxens zu zeigen und will daher eine Bildleitung aus dem Aufzeichnungsraum und vier Sprechleitungen aus dem Off-Tube-Komplex geschaltet wissen. Termin für alle Programme, wie gesagt: Punkt 14 Uhr!

Wollte man zu diesem Zeitpunkt in Sekundenschnelle per Hand all die neuen Leitungsbeziehungen herstellen, so könnte das selbst ein Heer von bestausgebildeten Technikern nicht schaffen – denn die würden sich in dem Moment gegenseitig die Köpfe einrennen. Wohl aber schafft es die Elektronik, die in diese zentrale Schaltanlage eingebaut ist. Wenn nämlich die neuen Leitungen vorprogrammiert sind, dann schalten praktisch auf Knopfdruck Tausende von Relais in Sekundenbruchteilen um, unterbrechen die nicht mehr benötigten Verbindungen und stellen die neuen Verkehrsbeziehungen her.

Für Millionen Zuschauer in aller Welt geht die Übertragung mit Bildern und Kommentaren von den neuen Wettkampfstätten weiter . . .

*

Natürlich wird es sehr schwierig sein, bei unserem Vorhaben, über die Anwendung von TN-Stählen zu berichten, noch einmal so eine aktuelle und für alle Leser interessante Anlage zu finden wie das Weltfernseh- und Rundfunkzentrum der olympischen Spiele in München. Doch wir haben noch einen sehr imposanten Bau aus den wetterfesten Stählen COR-TEN und PATINAX bei einem großen chemischen Werk vorzustellen. Über dieses Objekt berichten wir in unserem nachfolgenden Artikel.

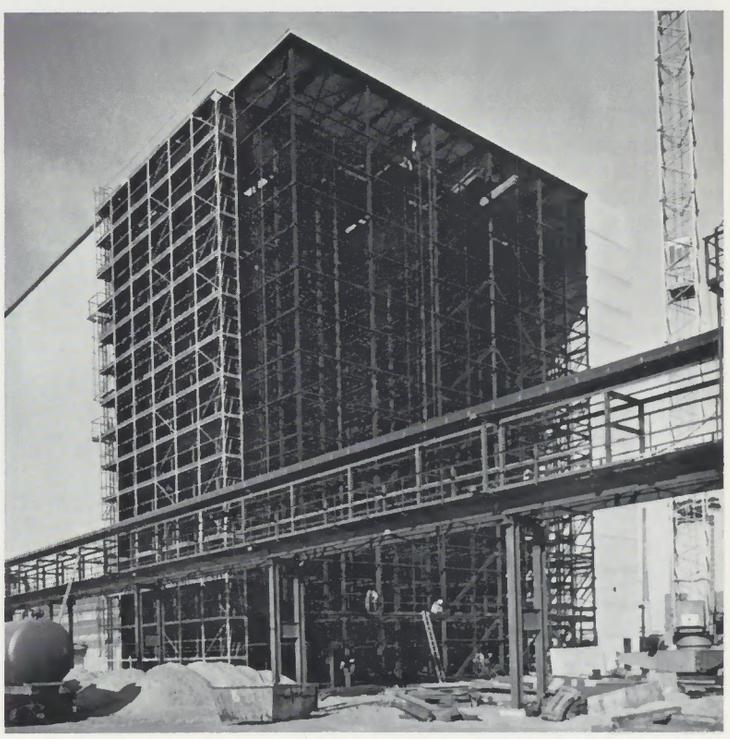
Zum ersten Mal Hochregallager aus wetterfesten TN-Stählen

In der Bundesrepublik Deutschland hat man schon sehr früh mit dem Bau von Hochraumlagern begonnen, da Baugrund knapp und sehr teuer ist. In Verbindung mit automatischen Regalförderzeugen werden diese Lager jetzt bis zu einer Höhe von 30 Metern gebaut. Viele Überlegungen hat man bisher dem Korrosionsschutz dieser oberflächenintensiven, filigranen Bauwerke gewidmet. Eine Lackierung stellt den Lagerbesitzer nach einigen Jahren vor das Problem, die gesamte Anlage zu entrosten und neu zu lackieren. In einem Hochregallager, das ständig mit Ware gefüllt und in den Betriebsablauf integriert ist, ist das jedoch nur sehr schwer zu verwirklichen. Erstmalig wurden jetzt beim Bau eines Hochregallagers für chemische Halbprodukte die wetterfesten Stähle COR-TEN und PATINAX 37 der Thyssen Niederrhein AG verwandt.

Von dem Einsatz dieser wetterfesten Stähle verspricht man sich völlige Wartungsfreiheit, da jeglicher Schutzanstrich entfallen kann.

Das Hochregallager, etwa 100 m lang, 28,5 m breit und 30 m hoch, bietet Platz für ca. 13000 Chemiepaletten mit den Abmessungen 1000x1200 mm bzw. max. 1200 x 1200 mm. Die Ladehöhe der Paletten beträgt max. 1600 mm, das Gewicht max. 1000 kg.

Da Hochregallager im wesentlichen aus Teilen bestehen, die über die Spannung und über die Durchbiegung berechnet werden müssen, ergab sich hier die Möglichkeit, durch Kombination der wetterfesten Stähle COR-TEN (Zugfestigkeit 52 kp/mm²) und PATINAX 37 (Zugfestigkeit 37 kp/mm²) für die verschiedenen Regalteile und deren Belastungen gleiche Profile verwenden zu können.



ThyssenKrupp Corporate Archives

Wie Dein altes Auto für den SM-Ofen „präpariert" wird

Moderne Shredderanlage kann täglich etwa 1200 ehemals stolze Autos zu ofenreifem Schrott verarbeiten



Unser Foto links zeigt die Gesamtanlage mit den Schrottbergen, die auf die Verarbeitung warten. – Unten das Kettenband, das den Schrott in den eigentlichen Shredder befördert.

Unter einem Abwurfband ein Haufen kleinerer Metallstücke, etwa doppelt mannshoch – das ist alles, was nach einer Stunde von etwa 120 ehemals stolzen Autos übriggeblieben ist. Dieses blanke Metall ist hochwertiger Schrott, der auch unseren Oberhausener SM-Stahlwerken zugeführt wird. Er wird von einer neuartigen Shredder-Anlage, der „Schrotthandel vorm. Albert Sonnenberg", einer Tochtergesellschaft der zur Thyssen-Gruppe gehörenden Handelsunion, in Ruhrort regelrecht erzeugt.

In einer Zeit, in der von Umweltverschmutzung und Umweltschutz in zunehmendem Maße die Rede ist, taucht auch die Frage auf, was mit den dienstuntauglich gewordenen Autos werden soll. Die Motorisierungswelle schwillt immer höher. Schon jetzt müssen etwa eine Million Autos jedes Jahr ausrangiert werden. Bis 1980 wird diese Zahl auf ca. 1,6 Millionen ansteigen.

Die Bewältigung eines solchen Schrottanfalls ist ein ernstes Problem. Sicherlich ist es nicht damit getan, daß der frühere Autobesitzer seine Wohlstandskarosse in einer Nacht-und-Nebel-Aktion irgendwo abstellt in der stillen Hoffnung, dabei nicht erwischt zu werden. Für ihn selbst mag unter Umständen das Problem gelöst sein, nicht aber für die Allgemeinheit.

Wie sehr das heute wirklich ein Problem geworden ist, mögen zwei Zahlen aus Duisburg zeigen. Im Jahr 1971 mußten auf Duisburger Boden insgesamt 700 ausrangierte und heimlich abgestellte Fahrzeuge abgeschleppt werden. In diesem Jahr waren es allein bis Ende Mai, also in nur fünf Monaten, schon 650!

Das früher übliche Verfahren, ehemals große Autos in „handliche Pakete" zu pressen, stößt bei den Stahlwerken wegen der starken Verunreinigung dieses Schrotts auf wenig Gegenliebe. Die stark gestiegenen Qualitätsansprüche an den Stahl bedingen auch einen Stahlschrott mit möglichst wenig Fremdkörpern. Die zweite Möglichkeit, die man in einigen Teilen der Welt bereits versucht hat, nämlich Autos einfach ins Meer zu kippen, mag örtlich helfen, gewiß aber nicht für ein Gebiet wie die Bundesrepublik.

Rechnet man noch den üblichen „Wohlstandsmüll" hinzu, wie zum Beispiel abgehalfterte Kühltruhen, Kühlschränke, Elektroherde, Waschmaschinen, dann kann man sich vielleicht eine Vorstellung davon machen, daß es heutzutage wirklich ein Problem ist, den Schrott sinnvoll zu verwerten und ihn wieder in den Produktionskreislauf einzuschleusen.

Bleiben wir einmal bei dem Problem der ausgedienten Autos. Sie wirtschaftlich zu verschrotten, ist schon allein deshalb problematisch, weil die manuelle Aufbereitung zu wiederverwendungsfähigem Material inzwischen mehr kostet, als man aus dem Schrott erlösen kann. Hier nun sollen Großverschrottungsanlagen Abhilfe schaffen. Man nennt sie mit dem amerikanischen Ausdruck „Shredder". Einer der größten seiner Art wird jetzt seine Probeläufe beenden und den normalen Betrieb aufnehmen, nämlich der Shredder der Firma Schrotthandel vorm. Albert Sonnenberg im Ruhrorter Hafen.



Wer als interessierter Laie die Möglichkeit hat, sich diese Großanlage und ihre Arbeitsweise anzusehen, ist sicherlich beeindruckt. Versuchen wir einmal, sie kurz darzustellen.

In seinem Äußeren vermittelt der Shredder den Eindruck einer kleineren industriellen Anlage mit Bändern, einer Werkshalle und einem kompliziertem Rohrsystem. Aber was steckt nicht alles dahinter!

Mehrere Krane wühlen sich in riesige Schrottberge ein und beladen ein widerstandsfähiges stählernes Transportband, das den Großschrott dem eigentlichen Shredder zuführt. Das Transportband endet in einer schrägen Zuführschnurre. Durch sein Eigengewicht rutscht das Material auf ein Treibrollenpaar zu. Diese Rollen, die von einem übersichtlichen Steuerstand aus beobachtet und im Bedarfsfall von Hand gefahren werden, quetschen den sperrigen Schrott platt und schieben ihn mit genau einstellbarer Geschwindigkeit in den eigentlichen Shredder.

Dieser Shredder ist ein Brecher, der nach Art einer Hammermühle arbeitet. Der auf der Ruhrorter Schrottinsel stehende wird von 4000 PS angetrieben. In diesem Brecher läuft ein Rotor mit hoher Geschwindigkeit um, das Material wird über einer amboßartigen Kante abgerissen und durch pendelnd aufgehängte Hämmer weiter zerschlagen. Nachdem der Schrott genügend klein geschlagen worden ist – größere Stücke machen im Bedarfsfall mehrere Rotorumläufe durch –, fällt er auf eine Vibrationsrinne.

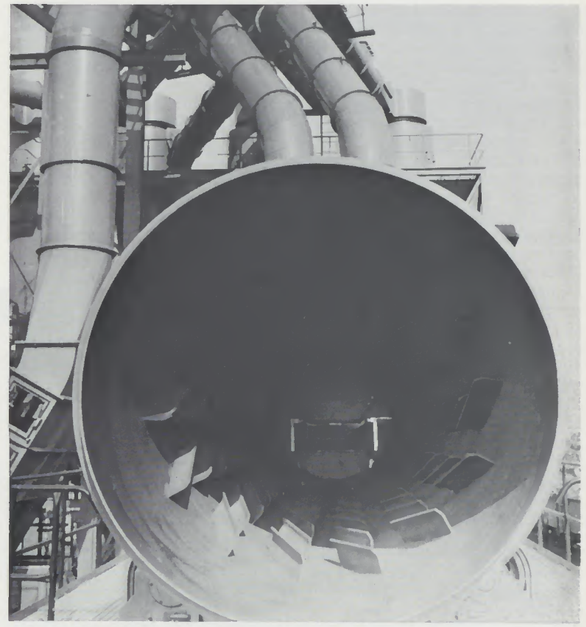
Von hier aus wird das Material zu zwei Magnettrommeln transportiert. Und nun scheiden sich zwar nicht die Geister, aber doch die Materialien. Der Eisenschrott kommt auf ein besonderes Förderband, während das NE-Metall (Nicht-Eisen-Metall) ausgeschieden wird, es ist nämlich nicht magnetisch. Das Endprodukt ist also ein hochwertiger Einsatzstoff von hohem F-Reinheitsgrad für unser Stahlwerk.

Was geschieht aber mit den Verunreinigungen, wie (um beim Beispiel von Autowracks zu bleiben) Kunststoffsitzen, Reifen, Textilien, Türverkleidungen usw.? Falls sie nicht vorher entfernt worden sind, werden sie ebenfalls zerkleinert und noch vor der Vibrationsrinne durch einen starken Luftstrom geleitet. Bis zu siebzig Prozent der im Schrott enthaltenen flugfähigen Schmutzabfallstoffe werden so bereits aussortiert. Eine später zwischengeschaltete Separiertrommel besorgt dann den Rest.

Über die Leistungsfähigkeit der Shredder-Anlage sei folgendes gesagt: Sie wird in der Stunde etwa fünfzig bis sechzig Tonnen Schrott durchsetzen. Oder, anders ausgedrückt, in einem normalen Zehn-Stunden-Tag können buchstäblich 1200 Autos „durch die Mühle gedreht" werden.

Selbstverständlich gehören eine Fülle kleinerer Apparate und Aggregate hinzu, durch deren Zusammenwirken die gesamte Anlage erst voll funktionsfähig wird. Sie verhindern auch, daß die von vielen befürchtete Staub- und Lärmbelästigung das höchstzulässige Maß überschreitet. Im Gegenteil, man ist eigentlich erstaunt, wie sauber die Gesamtanlage arbeitet.

Text und Bilder wurden der Werkzeitschrift der ATH entnommen.



Das Bild oben stammt noch aus der Bauzeit der Anlage und gibt einen Blick in die Separier-Trommel frei, in der die letzten Reste der nicht zu verwerten den Teile, wie Kunststoffsitze, Reifen usw., zum Aussortieren verarbeitet werden. – Was von etwa 50 Autos als hochwertiger Schrott für den SM-Ofen übrig bleibt, zeigt der vordere kleine Berg auf dem unteren Bild.



thyssenkrupp Corporate Archives

Hohe Beteiligung — Basis des Erfolges

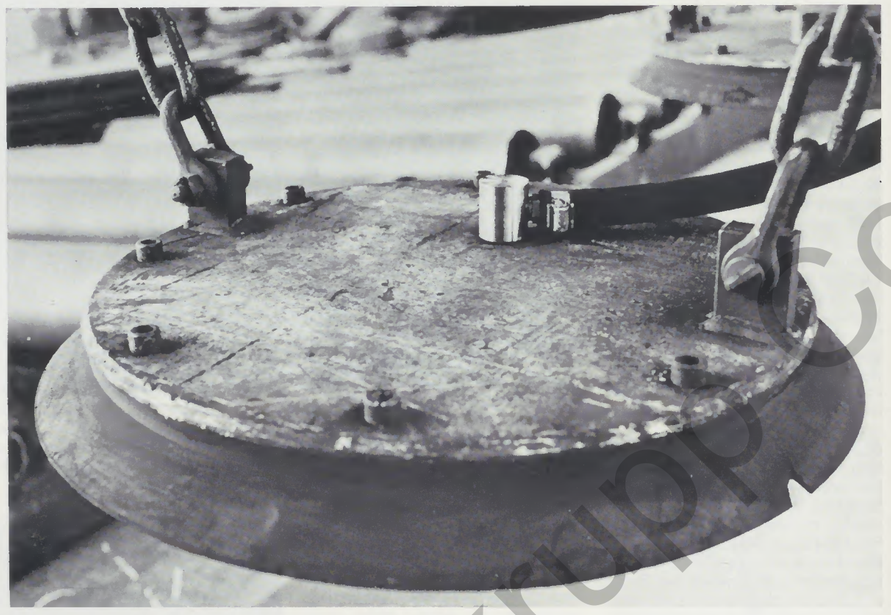
Wenn man sich einmal erinnert, was bisher über die Erfolge des Betrieblichen Vorschlagswesens veröffentlicht wurde, so ist vielleicht der Eindruck entstanden, daß wichtig nur die Verbesserungsvorschläge sind, die mit hohen Geldprämien ausgezeichnet wurden, denn bis auf ganz wenige Ausnahmen wird immer wieder nur über sie berichtet. In Bildern werden die Vorschläge oder die Einreicher gezeigt. Und an einen solchen ausführlichen Bericht schließt sich dann meistens eine Rubrik unter der Überschrift „Weiter wurden prämiiert" an, mit vielen Namen und einem kurzen Hinweis auf den gemachten Vorschlag. In der größeren Aufmachung der einen Meldung gegenüber der Aufzählung im Anhängsel ist kein Werturteil zu sehen. Beide Gruppen sind wichtig, denn nur die wenigen hoch prämiierten Vorschläge ließen ein betriebliches Vorschlagswesen, wie es wünschenswert ist und auch im Werk Oberhausen praktiziert wird, nie richtig zum Zuge kommen. Eines scheint nämlich gewiß: Wer sich Gedanken über seinen Arbeitsplatz macht, wer seinen Weg zum Arbeitsplatz mit offenen Augen und kritischem Blick geht, der wird nicht nur einmal eine Möglichkeit zur Verbesserung entdecken, sondern der sieht auch Gefahren deutlicher, wird sich auf sie einstellen, wird sicherer arbeiten. Darum ist eine möglichst hohe Beteiligung am betrieblichen Vorschlagswesen wünschenswert, auch wenn ein Vorschlag einmal keine Prämie erhalten sollte.

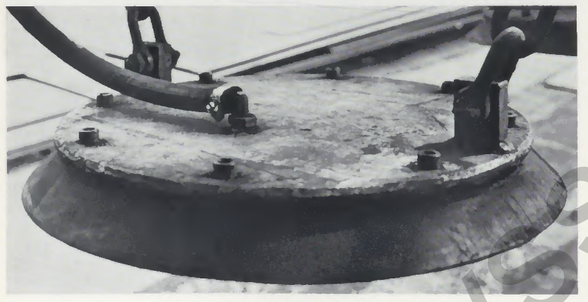
Die Sitzungsprotokolle des Bewertungsausschusses, mit dessen Arbeit wir uns in einer unserer nächsten Ausgaben einmal ausführlich beschäftigen werden, bestätigen, daß doch eine Vielzahl von Vorschlägen eingereicht wird, die zwar keine welterschütternde Umwälzung bringen, die aber die kleinen und manchmal auch größeren Tücken am Arbeitsplatz des Einreichers beseitigen. Beispiel dafür das Protokoll der 363. Sitzung des Bewertungsausschusses. Insgesamt lagen 31 Verbesserungsvorschläge auf dem Tisch. Die höchste Prämiierung betrug DM 360,-, die niedrigste DM 60,—. Von diesen mit Geldprämien ausgezeichneten Vorschlägen haben wir einmal wahllos zwei herausgegriffen und stellen sie in Bildern unseren Lesern auf diesen Seiten vor. Der eine Vorschlag — Schutzvorrichtung an einer Zerreißmaschine im FI — brachte seinem Einsender DM 200,—, der andere — Schutz der Anschlüsse auf den Saugtellern von Portalkränen — DM 150,—. Beide Vorschläge sind typisch für die Vielzahl derer, die eingereicht werden und um derentwillen im wesentlichen das betriebliche Vorschlagswesen eingerichtet wurde. Wenn dabei auch hin und wieder sehr bedeutende, mit hohen Kostenersparnissen verbundene Vorschläge gemacht werden, so ist das eine erfreuliche Begleiterscheinung.

Das Protokoll dieser 363. Sitzung verrät uns aber auch, daß von den 31 vorliegenden Vorschlägen 19 nicht mit einer Geldprämie ausgezeichnet wurden. Hier handelt es sich zum Teil um Vorschläge, die einen Übelstand abstellen wollten, zu dessen Beseitigung der betreffende Betrieb aber bereits vor Einreichung Maßnahmen eingeleitet hatte. Zum Teil handelt es sich aber auch nur um Hinweise auf einen Übelstand, und an Stelle des Vorschlages schreibt dann der Einreicher etwa so: „Um den vorhandenen Zustand abzustellen, muß daher eine andere Lösung gefunden werden." Auch solche Hinweise sind wichtig, weil sie ja schließlich doch zu einem Verbesserungsvorschlag führen können.

Allen Einreichern von Verbesserungsvorschlägen — und das soll an dieser Stelle noch einmal besonders unterstrichen werden — gebührt Dank, ganz gleich, ob der Vorschlag mit hohen oder weniger hohen Geldprämien ausgezeichnet wird oder ob er den Vermerk „keine Prämiierung" trägt.

■

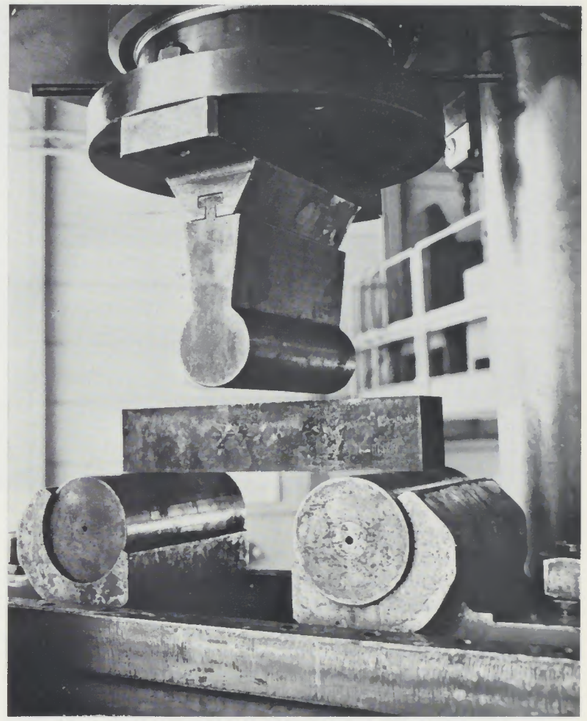




Das Anschlußstück für den Luftschlauch auf dem Saugteller eines Portalkrans im Blechwalzwerk brach häufig ab, wenn sich die Traverse beim Abschwenken auf dieses Anschlußstück (Bild links) legte. Im Jahr mußten so 80 bis 120 Anschlüsse erneuert werden. Friedel Jahn schlug vor, Rundstahlabschnitte mit zwei Gewindebohrungen zu versehen und diese massiven Stahlklötze als Anschlußstücke für den Luftschlauch auf den Saugteller zu schrauben (Bild oben). Der Vorschlag bewährte sich und wurde mit 150,— DM prämiiert.

Mit Geldprämien wurden ausgezeichnet:

Berndsen, Günter, WLP, klappbare Rinne vor Gerüst 17 / Feineisenstraße
Bongartz, Edgar, MBl, Möglichkeit zum Ausrichten der Strahlmittel-Einlauftrichter in der Entzunderungsanlage / Blechwalzwerk / verschleißfesterer Bodenbelag in der Strahlkammer der Entzunderungsanlage / Blechwalzwerk
Carls, Horst, VkE Bz. 5, Demontage von Gleis 20 und Weiche 213 im Bahnbezirk 5 / VkE
Conrad, Friedrich, VkEba, Schutzvorrichtung für die Schleifscheibe der Entgratungs-Schleifmaschine in VkEba
Faust, Günter, Vk, Installieren einer Anzeigeeinrichtung für das Signal A I / A II im Bereich Stellwerk Wiese
Freyt, Norbert / Thomas, K., QWU, volltransistorisierte Geräte für die Stromversorgung der Spektrometerkonsolen in QWU
Haake, Friedrich, WSP, schnellere Reparatur der Führungen für die 550er-Straße
Hammer, Rudolf / Klomfaß, Anton, MS, geänderte Lagerung des Rollgangs hinter dem WS-Bett der HWV-Anlage / Drahtstraße II
Hammerschmidt, Hans, MH, Änderung an der Zahnkupplung der Aufzugwinde / Hochofen III
Harnisch, Kunibert, BIPr, Hilfsvorrichtung zum Prüfen von Schweißnähten an Kesselböden in BIPr
Horstmann, Jürgen, FI-WK, Schutzvorrichtung an der 200-t-Zerreißmaschine in FI-WK
Jahn, Friedel, MBL, geänderte Anschlüsse für die Schläuche an den Saugtellern der Portalkrane V und VI / Blechwalzwerk
Jäger, Karl-Heinz, EA, geänderte Kennzeichnung der Diagrammstreifen / EA
Kleinöder, Siegfried, MMS, Standzeiterhöhung der Schutzkappen an den Plasma-Brennmaschinen
Marciniak, Herbert, MSP, Schutzvorrichtung am Lager für die Rollgangsrollen der Entzunderungsanlage / Trägerplatz NO
Mewes, Heinrich, MS, Hilfsvorrichtung zum Wechseln von Kranseilen in SM II
Möller, Franz / Schwarz, Heinz, BauS, verbesserte Kontrolle der angelieferten Verladehölzer in BauS
Puplinkhuisen, Emil, SoBe, Hilfsvorrichtung für die Anfertigung und das Aufpassen schwerer Drehteile
Rehberg, Erwin, WS, Beseitigung einer Unfallgefahr vor den Pförtnerhäusern 8 und 10
Rohsiepe, Johann, MH, Einleiten des Flockungsmittels in die Rücklaufrinne zum Cyclator / H II
Schäfer, Paul / Schäfer, Alois, MDK, bessere Lichtmessung der Fotozellen an den Dampfkesseln 1-3 in MDK
Schmidt, Helmut, MW, Verschleißschutz im Bunker R 13 / Sinteranlage Walsum / Verschleißschutz an den Schaufeln in der Nachmischtrommel / Erzaufbereitung Walsum
Schulz, Helmut, WZu, Abstellen einer Unfallgefahr im Bereich der Schneidlinie / Brammenadjustage
Selig, Erwin, WS, optische Warneinrichtung im Gleisbereich / Tor 5
Senk, Horst / Kerkhoff, Heinz-Günter / Wesselmecking, Detlef, MBl, Rutsche mit bogenförmigem Auslauf am Sortierband der Saumschere / Grobblech / geänderte Scharnierbolzen für die Abweiserklappe am Sortierband der Saumschere / Grobblech / verlängerte Spannvorrichtung für das Sortierband der Saumschere / Grobblech
Weeske, Fred / Rogalla, Willi, MME, Sicherung der Gummipuffer an den Holmen von Metalleitern
Wichmann, Horst, BIW, Zählwerk im Hauptsteuerstand der Warmbandscherenlinie / Blechwalzwerk
Wiese, Kurt, VkE, Beseitigung einer Gefahrenstelle im Gleisbereich Emscher-West



Bei Biegeversuchen an der 200-t-Zerreißmaschine im FI/WK werden auf die Zugtraverse Unterlegblöcke aufgeschraubt, auf die die Biegeprobe gelegt wird. Die Traverse wird hochgefahren, wobei mit dem Stempel die Probe gebogen wird. Brach das zu prüfende Material bei diesem Versuch, weil es zu spröde war, wurden die gebrochenen Teile durch den Raum gescheudert und gefährdeten Menschen und Geräte. Nach Jürgen Horstmanns Vorschlag wurde die Schutzvorrichtung — ein Schutzkasten aus Stahlrahmen und Stahlplatten —, die unser Bild unten deutlich zeigt, angebracht. Für seine Idee erhielt der Einreicher 200,— DM.



thyssenkrupp Corporate Archives

Neubeginn nicht ohne Schwierigkeiten

In dem Kapitel unserer Firmengeschichte, das wir in der vorigen Ausgabe unserer Werkzeitschrift veröffentlichten, haben wir gelesen, wie der „Konzern aus einem Guß" – so wurde der GHH-Konzern gerne genannt – entflochten, das heißt, nach dem Willen der Siegermächte als einheitliches Ganzes zerschlagen wurde. Das, was in 180 Jahren aus wirtschaftlicher Vernunft zusammengewachsen war, jener sinnvolle Verbund zwischen Kohle und Eisen, zwischen eisenschaffender Industrie und Weiterverarbeitung, wurde auseinandergerissen. Aus Einzelteilen des Ganzen wurden neue selbständige Unternehmen. Auftrag und Unternehmensform deckten sich in den einzelnen Besatzungszonen mit den Vorstellungen der betreffenden Besatzungsmacht. Von der Enteignung und Sozialisierung der Betriebe in der damaligen sowjetischen Zone bis zum Modell einer paritätischen Mitbestimmung in den aus den Konzernen der Eisen- und Stahlindustrie herausgelösten Betriebsführungsgesellschaften in der britischen Zone. Mit drei anderen gehörte die HOAG zu den ersten entflochtenen Unternehmen, gegründet von der North German Iron and Steel Control der britischen Besatzungsmacht und geführt von einem Vorstand, in dem zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Industrie ein Vertreter der Arbeitnehmer als gleichberechtigtes Vorstandsmitglied, nämlich der Arbeitsdirektor saß, kontrolliert von einem Aufsichtsrat, der zu gleichen Teilen aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen und einem neutralen Mann besteht. Da ja die Werke von der Besatzungsmacht beschlagnahmt waren, wurden die Sitze der Anteilseigner von Vertretern der North German Iron and Steel Control bzw. der ihr angegliederten Treuhandverwaltung eingenommen. Daß dieses Unternehmensmodell seine Bewährungsprobe bestand und daß es ganz wesentlich die enormen Aufbauleistungen unter schwierigsten äußeren Umständen der Arbeitnehmerschaft mitveranlaßte, haben wir ebenfalls in unserer letzten Veröffentlichung erfahren, die mit dem Hinweis auf eine sich anbahnende endgültige Regelung aufgrund eines alliierten Sondergesetzes, und zwar des Gesetzes Nr. 75 der britischen und amerikanischen Zone schloß.

Die Geschichte des ältesten Hüttenwerkes an der Ruhr und wiederum des ersten selbständigen nach dem 2. Weltkrieg kann eigentlich für die Zeit des Wiederaufbaus nach 1945 für alle Unternehmen der Stahlindustrie im Nachkriegsdeutschland, außer in den von den Russen besetzten Gebieten, stehen, denn als am 10. November 1948 das Sondergesetz Nr. 75 der britischen und amerikanischen Zone in Kraft trat, um den Kreis der zu entflechtenden Unternehmen, die Kontrolle, die Planung der Neuordnung, die Bildung der „Einheitsgesellschaften" und die Liquidation der alten Konzerne zu regeln, da gab es inzwischen 24 eisen- und stahlerzeugende Betriebsführungsgesellschaften, die wie die HOAG aus den großen Konzernen der Vorkriegszeit, wie Vereinigte Stahlwerke, Otto Wolff, Klöckner-Werke AG, Krupp, Mannesmannröhren-Werke und andere, ausgegliedert waren und die vor gleichen Problemen standen. Das erste Problem hieß Wiederaufbau eines funktions- und lebensfähigen Unternehmens trotz Zerschlagung des Verbundes, trotz Demontagen – Ablieferung von Maschinen und ganzen Betriebsanlagen an die Siegermächte –, trotz schlechtester Versorgung mit Roh- und Hilfsstoffen und trotz einer Ernährungslage, die das Arbeiten fast unmöglich machte. Das zweite Problem hieß, wenigstens den Unternehmen der Stahlindustrie das Unternehmensmodell zu erhalten. das den Auffassungen von einer Wirtschaftsdemokratie sowohl der gesamten Arbeitnehmerschaft und ihrer Organisationen als auch eines großen Teiles der damaligen Führungskräfte und der damaligen britischen Regierung entsprach. Übrigens waren beide Probleme eng miteinander verknüpft. Ohne den unmittelbaren Einfluß der Arbeitnehmerseite auf die Unternehmensführung hätte eine wesentliche Motivierung für die Aufbaubereitschaft in den Jahren nach dem Zusammenbruch gefehlt. Und es bestand Gefahr, daß dieser unmittelbare Einfluß, also die Mitbestimmung in den nach dem Gesetz Nr. 75 zu bildenden Einheitsgesellschaften verloren ging.

Mit diesem Gesetz wurde die Durchführung der Neuordnung in der Eisen- und Stahlindustrie in die Hände eines Stahltreuhänderverbandes gelegt, der nur aus deutschen Staatsangehörigen bestand, die auf Vorschlag – zum Beispiel bei vier von den zwölf Mitgliedern des Verbandes seitens der Gewerkschaften – von der Militärregierung ernannt wurden. Die Stahltreuhänder sollten die bereits in Gang befindliche Umgestaltung der Eisen- und Stahlindustrie zum Abschluß bringen. Es sollte hierbei die durch die Entflechtung geschaffene provisorische Struktur revidiert werden, und zwar nach Vorlage deutscher Vorschläge. Auch bot das Gesetz die Möglichkeit, den neuen Unternehmen, den sogenannten Einheitsgesellschaften, Kohlenbergwerke und Erzgruben anzugliedern. Hier wurde ein erster Schritt in Richtung eines existenznotwendigen Verbundes getan, wie er auch von den Belegschaften der Werke gefordert wurde. Weiter bestimmte das Gesetz, die endgültige Entscheidung über die Eigentumsverhältnisse im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie einer aus freien Wahlen hervorgegangenen, den politischen Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringenden deutschen Regierung zu überlassen.

thyssenkrupp Corporate Archives



Ein Stahleisenabstich am Hochofen 9 der Hüttenwerke Oberhausen AG im Jahr 1949. Im Vordergrund das Masselbett, in dem das Stahleisen zu Barren vergossen wird.

Am 7. September 1949 wurde eine solche Regierung – nämlich die Bundesregierung unter Kanzler Dr. Konrad Adenauer – gebildet. Auch sie strebte zwar eine Neuordnung der Grundstoffindustrien an, mußte sich aber in ihren Grundsätzen nach der – gegenüber der in den ersten Nachkriegsjahren vorherrschenden Konzeption – gewandelten Auffassung bei den Siegermächten richten. Die Engländer hatten von ihren Sozialisierungsplänen bei Stahl und Kohle Abstand genommen und sich den Bedenken der Franzosen angeschlossen. Man fürchtete bei einer sozialisierten Stahlindustrie eine Konzentration, die diejenige des Vorkriegsdeutschlands weit in den Schatten stellen würde und die eine ernsthafte Gefahr für die Engländer werden könnte, zumal ja ein verstaatlichter Bergbau noch dazugekommen wäre. Die Amerikaner standen allen Sozialisierungsplänen von vornherein ablehnend gegenüber. Sagte doch der amerikanische Militärberater Herrenberg im Mai 1948 über den Marshallplan: „Das deutsche Volk wird sich keinen Illusionen hingeben. Der Marshallplan ist die konsequente Restauration des Privatkapitalismus. Mit ihm ist keine Art von Sozialismus zu vereinbaren."

Daß es keine Überführung der Grundstoffindustrie in das Gemeineigentum geben würde, darüber waren sich bei dem politischen Übergewicht der Amerikaner unter den westlichen Alliierten die Gewerkschaften im klaren. Daß aber auch das durchaus ins kapitalistische Wirtschaftssystem passende Mitbestimmungsmodell, das sich ja in den entflochtenen Betriebsführungsgesellschaften bewährt hatte und das man von Gewerkschaftsseite auch auf andere Großunternehmen, wie z. B. der Chemie, ausdehnen wollte, in Gefahr geriet, wurde vollends klar, als das Gesetz Nr. 75 durch das Gesetz Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission abgelöst wurde. Das Gesetz Nr. 75 mußte abgelöst werden, weil es ja inzwischen keine Militärregierung mehr gab, sondern eine souveräne Regierung der Bundesrepublik Deutschland, und das Gesetz auf die gesamte Bundesrepublik ausgedehnt werden mußte. Die Sorge der Arbeitnehmerseite gründete sich auf eine im Bundeswirtschaftsministerium, das damals unter Professor Erhard stand, vorbereitete Durchführungsverordnung, die für alle unter das Gesetz Nr. 27 fallenden Gesellschaften – also auch die 24 Hüttenwerke – deutsches Recht vorsah. Das deutsche Aktienrecht aber kannte weder eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte noch einen Arbeitsdirektor im Vorstand. Die Rechtskraft der Durchführungsverordnung hätte der Mitbestimmung in den entflochtenen Betrieben die Rechtsgrundlage entzogen. An eine Ausdehnung wäre überhaupt nicht mehr zu denken gewesen.

Auch einer eventuellen Veränderung der Besitzverhältnisse etwa dadurch, daß die Eigentümer der beschlagnahmten Unternehmen nicht berücksichtigt würden, beugte das Gesetz Nr. 27 dadurch vor, daß die Hohe Kommission, also die Besatzungsmächte, die Höhe und die Form der Entschädigung der alten Eigentümer an den entflochtenen Werken festlegen sollte.

Die Erhaltung der Mitbestimmung in den aus den Betriebsführungsgesellschaften wie der HOAG zu bildenden Einheitsgesellschaften konnte nur durch ein neues Gesetz gewährleistet werden. Und um ein solches Gesetz mußte von der Arbeitnehmerseite hart gekämpft werden, denn die Unternehmer sahen eine Chance, die Werke wieder ohne Mitbestimmung, führen zu können. Viele Politiker des neuen deutschen Bundestages waren schon aus ihrer konservativen Wirtschaftsauffassung her Gegner jeglicher Mitbestimmung. So blieben die Bemühungen der Gewerkschaften, die im Mai 1950 einen umfassenden Gesetzesvorschlag zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft mit dem Leitgedanken der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit veröffentlichten, und auch die der CDU/CSU und der Sozialdemokraten mit einem Gesetzentwurf für die Mitbestimmung in der Gesamtwirtschaft, den sie im Bundestag einbrachten, ohne Erfolg.

Am 31. August 1950 lag dann ein Gesetzentwurf der damaligen Bundesregierung vor, der sehr von den Vorstellungen der Arbeitgeber beeinflußt war, die in einer gemeinsamen Denkschrift der eben gegründeten Interessenvertretungen – der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der deutschen Industrie – niedergelegt waren. Sie lehnten die Mitbestimmung der Gewerkschaften ab und wollten den Arbeitnehmern nur ein Beratungsrecht zugestehen und auch nur ein Drittel der Aufsichtsratssitze. Wenn der Entwurf der Bundesregierung Gesetz geworden wäre, hätte dieses auch auf die Unternehmen der Stahlindustrie Anwendung finden müssen. Das wäre das Ende der paritätischen Mitbestimmung gewesen.

thyssenkrupp Corporate Archives

Wie die Belegschaften der nach dem Mitbestimmungsmodell geführten Hüttenwerke reagierten, zeigt wieder das Beispiel Oberhausen. Als trotz gemeinsamer Auffassungen von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und Gewerkschaftsvorsitzenden Dr. Hans Böckler immer stärkere Widerstände selbst gegenüber einem Mitbestimmungsgesetz nur im Montanbereich auftraten, rief die IG Metall zur Urabstimmung auf. 94 Prozent aller Belegschaftsmitglieder der HOAG taten im November 1950 ihren Willen kund, notfalls schärfste Mittel anzuwenden, um das Mitbestimmungsrecht in den entflochtenen Betrieben zu erhalten. Bei der Jubilarfeier am 9. Dezember 1950 sagte der 2. Vorsitzende des Aufsichtsrates der HOAG, nämlich Hans Böckler – es war das letzte Mal, daß er vor seinem Tod in Oberhausen weilte – zur Urabstimmung: „Haltet fest an diesem spontanen Willen zur wirtschaftlichen Neuordnung." Dieser Wille wurde erneut auf die Probe gestellt, als die Belegschaft aufgefordert wurde, statt des Streiks sich in Kündigungslisten einzutragen, weil bei einem Streik aufgrund der damaligen Situation eventuell Regreßansprüche geltend gemacht werden könnten. In einem Sonderdruck des Oberhausener Betriebsrates wurden die Gründe dieser Aktion wie folgt dargelegt:

„Der Kollege Freitag (damals der 1. Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. Anmerkung der Redaktion.) erklärte Herrn Professor Erhard, daß die Gewerkschaften verlangen, daß das Aktiengesetz geändert wird und damit sowohl die Parität in den Aufsichtsräten als auch die Besetzung eines Vorstandsmitgliedes auf Vorschlag der Gewerkschaften gesichert ist. Minister Erhard hat hierauf keine eindeutige Antwort gegeben. Es ist Herrn Professor Erhard gesagt worden, daß seine Auffassung den Belegschaften in der Metallindustrie zur Kenntnis gegeben würde und wahrscheinlich Anlaß sei, die Arbeitsniederlegung in der Metallindustrie zum 1. Februar zu erwirken."

Trotz des Risikos, das ja für jeden einzelnen in solcher Kündigungsaktion steckte, trugen sich 90 Prozent der Belegschaftsmitglieder in die Kündigungslisten ein. Auch leitende Angestellte erklärten sich im Kampf um die Mitbestimmung durch ihre Eintragung in die Kündigungslisten mit den anderen Belegschaftsmitgliedern solidarisch. Andere wieder wiesen in Schreiben an den Vorstand darauf hin, daß sie aufgrund ihrer Stellung nicht an der Aktion teilnähmen, sich aber trotzdem für die Mitbestimmung einsetzten. Die Belegschaft stand geschlossen hinter den Bemühungen um das Mitbestimmungsgesetz nicht nur in Oberhausen, sondern in allen entflochtenen Werken. Auch im Bergbau hatten sich die Kumpel in einer Urabstimmung zum Streik entschlossen. Unter dem Eindruck dieser geschlossenen Front der Arbeitnehmer der Montanunternehmen wurde am 25. Januar zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern eine Einigung über den Inhalt eines Mitbestimmungsgesetzes für den Montanbereich erzielt, wobei die Vermittlerrolle des Bundeskanzlers Dr. Adenauer besondere Erwähnung verdient. Noch in den Abendstunden des gleichen Tages befaßte sich das Bundeskabinett mit dem Vorschlag. Nun brauchte nur noch das Parlament zuzustimmen. Aber der Zustimmung war man bei den großen Parteien SPD und CDU/CSU sicher. Am Morgen des nächsten Tages sandte der Vorsitzende des Betriebsrates, Wilhelm Voßkühler, ein Dankesfernschreiben an Hans Böckler, das wir im Faksimile wiedergeben.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes durch den deutschen Bundestag am 21. Mai 1951 war der Weg frei für die Fortsetzung der Mitbestimmung, auch in der neuen Einheitsgesellschaft HOAG.

Der Mann, der wesentlich zur Durchsetzung der Mitbestimmung im Montanbereich beigetragen und der mit letzter Lebenskraft sich eingesetzt hatte, starb drei Wochen nach der Gewißheit, daß dieser Kampf erfolgreich war. In den Abendstunden des 16. Februar 1951 erlag Hans Böckler einem erneuten Herzmuskelinfarkt. Das Hüttenwerk in Oberhausen setzte die Flaggen auf Halbmast und an die Stelle einer bereits angesetzten Belegschaftsversammlung trat die Trauerfeier, in der Vorstand und Belegschaft Abschied nahmen von einem der Großen der Gewerkschaftsbewegung, von Hans Böckler, der mit dem Werk in Oberhausen als Aufsichtsratsmitglied sich ganz besonders verbunden fühlte.

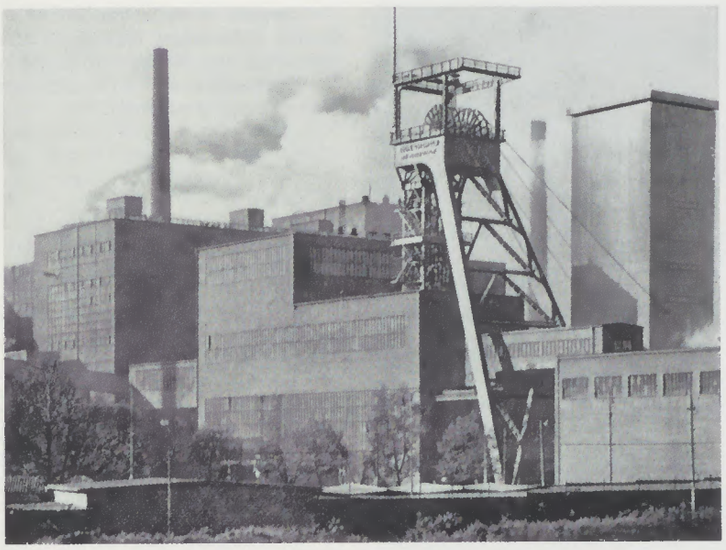
Am 31. August 1951 wurde aufgrund der aus dem Gesetz Nr. 27 hergeleiteten Maßnahmen der Betriebsbenutzungsvertrag vom Frühjahr 1948 zwischen der Gutehoffnungshütte Oberhausen Aktiengesellschaft und der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft beendet. Der Abrechnungssaldo und das nach diesem Vertrag genutzte Anlagevermögen wurde auf die HOAG übertragen. Da auch das Werk Gelsenkirchen der GHH von der neuen Einheitsgesellschaft – oder damals auch Kerngesellschaft genannt – übernommen wurde, kamen Anlagen und Vorräte in Gelsenkirchen noch in das übertragene Vermögen, das sich wie folgt zusammensetzte: Anlagen Oberhausen und Gelsenkirchen rund 207 Mill. DM, Vorräte in Gelsenkirchen rund 6 Mill. DM und Saldo der treuhänderisch verwalteten Vermögen rund 47 Mill. DM, insgesamt rund 260 Mill. DM. Die übernommenen Verbindlichkeiten lagen bei rund 37 Mill. DM, so daß die übernommenen Vermögenswerte 223 Mill. DM betrugen. Nachdem in einer außerordentlichen Hauptversammlung am 27. August 1951 das Kapital der HOAG von 100 000,– DM auf 30 Mill. DM erhöht worden war, blieb immer noch ein Restbetrag von über 190 Mill. DM, der auf ein Abrechnungskonto wegen Neuordnung verbucht wurde. Folgende Aufteilung des Betrages war vorgesehen: Für eine spätere Erhöhung des Grundkapitals 74 Mill. DM,

degebe dssd
huettenwk obhsn fs nr 483 26.1.51 9.09 uhr

kollege hans boeckler

lieber kollege boeckler,
zu dem erfolgreichen abschluss der verhandlungen ueber das mitbestimmungsrecht bei eisen und kohle moechten betriebsrat und belegschaft der huettenwerk oberhausen ag ihnen von herzen danken.
sie haben damit in der geschichte der gewerkschaftsbewegung eine neue epoche eingeleitet, von der wir glauben, dass sie zur gesundung und bedeutenden verbesserung der lebensverhaeltnisse unseres volkes beitragen wird.
trotz unserer freude ueber den grossen erfolg steht fuer uns im vordergrund ernste arbeit fuer die gemeinsame sache, um das jetzt begonnene in der praktischen bewaehrung zu einem noch groesseren erfolg zu fuehren. mit den wuenschen fuer persoenliches wohlergehen hoffen wir, sie noch recht lange an der spitze des deutschen gewerkschaftsbundes taetig zu sehen.
wilhelm vosskuehler
betriebsratsvorsitzender

thyssenkrupp Corporate Archives



Durch ein nie richtig aufgeklärtes Mißverständnis kam bei der Gründung der Einheitsgesellschaft im Jahre 1951 die Zeche Osterfeld nicht zur HOAG, obwohl das ursprünglich vorgesehen war.

für die Erhöhung der gesetzlichen Rücklage insgesamt etwa 107 Mill. DM und der Rest zur Verfügung für die endgültige Abrechnung der Neuordnung.

Die Erhöhung des Grundkapitals auf 104 Mill. DM wurde dann am 13. August 1953 vorgenommen und Namensaktien über je 100,– DM ausgegeben, und zwar gab es Aktien der Gruppe A mit zehnfachem Stimmrecht und der Gruppe B mit einfachem Stimmrecht. Die Aktien der Gruppe B in Höhe von 44 Mill. DM wurden den 300 bis 400 Mitgliedern der Familie Haniel als Altbesitzer zugewiesen. Auf der Hauptversammlung am 27. Januar 1956 wurde diese Stimmrechtdezimierung der Hanielaktien aufgrund einer Satzungsänderung aufgehoben.

Vorstand und Aufsichtsrat wurden nach dem Mitbestimmungsgesetz besetzt. Im Vorstand änderte sich nichts, da ja schon die Betriebsführungsgesellschaft in Karl Strohmenger einen Arbeitsdirektor besaß. Den Aufsichtsratsvorsitz übernahm das Mitglied Dr. Heinrich Deist der Stahltreuhändervereinigung, die auch die Mitglieder bestimmte, die die Altbesitzer vertraten.

Obwohl das Gesetz Nr. 27 einen Verbund zwischen Kohle und Stahl gestattete, gehörte die HOAG zu den wenigen Stahlwerken, denen man keine Zeche angliederte. Das Kuriose ist, daß wahrscheinlich ein Mißverständnis zu dieser Schlechterstellung Oberhausens führte. In einem Schreiben des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden der alliierten Hohen Kommission zur Durchführung des Gesetzes Nr. 27 wurden auch die Verbindungen zwischen den einzelnen Hüttenwerken und bestimmten Kohlenzechen vorgeschlagen. In diesem Schreiben heißt es wörtlich: „Oberhausen erhält die Zeche Osterfeld. Die Bundesregierung ist jedoch davon unterrichtet worden, daß die Hütte auf die Zuteilung der Zeche verzichtet. Die Bundesregierung hat dagegen keine Bedenken." Am 19. Oktober 1951 wenden sich Aufsichtsrat, Vorstand und Betriebsrat in einem gemeinsam unterzeichneten Schreiben an das Bundeskanzleramt und an das Bundeswirtschaftsministerium, um sich eindringlich für die Wiedereinführung des wirtschaftlich notwendigen Verbundes im Oberhausener Raum zwischen der Hütte, dem Bergbau und dem Weiterverarbeitungswerk der GHH in Sterkrade, wie er bestanden hatte, einzusetzen, eines Verbundes, ohne den sich Krisenzeiten für die neue Einheitsgesellschaft sehr gefährlich auswirken könnten. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß der Vorstand bereits am 27. März 1951 das Mißverständnis, auf eine Zugliederung der Zeche Osterfeld zu verzichten, aufgeklärt habe. Aber die Bemühungen – unter anderem ein Vorschlag, eine Bergbausondergesellschaft Osterfeld mit 50 Prozent Beteiligung der HOAG zu bilden – blieben ergebnislos. 1952 wurde aus den Zechen der GHH die Bergbauaktiengesellschaft Neue Hoffnung gegründet, und 1953 gingen die eisenverarbeitenden Betriebe der GHH in der Gutehoffnungshütte Sterkrade AG auf. Und erst nach acht Jahren wurde wenigstens der Verbund zwischen Hütte und Bergbau durch Eingliederung der Bergbau AG Neue Hoffnung in die HOAG hergestellt, nachdem die Hauptversammlung im August 1957 einer Kapitalerhöhung um 104 Mill. DM zugestimmt hatte, um das ebenfalls 104 Mill. DM betragende Aktienkapital des Bergbaus übernehmen zu können.

Die folgenden Jahre waren geprägt von einer Entwicklung sowohl auf der Produktionsseite als auch der Investitionen, die man auf die gesamte bundesdeutsche Industrie bezogen als das deutsche Wirtschaftswunder bezeichnete.

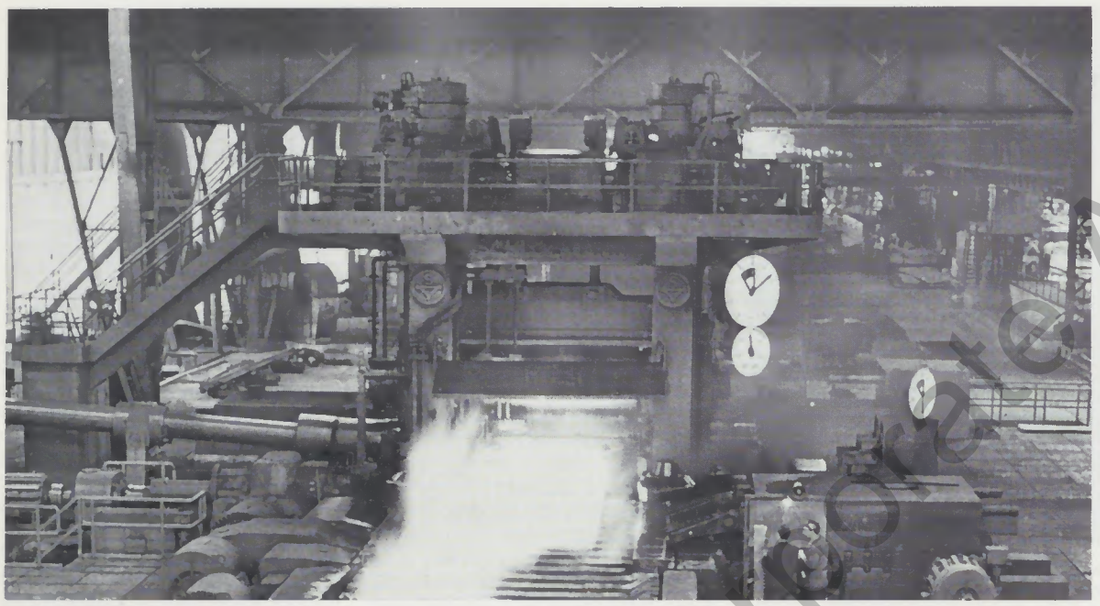
Im Oktober 1955 stellte man mit einer Rohstahlproduktion von 142334 t einen neuen Rekord auf und ließ den Höchststand vor dem 2. Weltkrieg von März 1939 mit 120288 Tonnen weit hinter sich.

Die Modernisierung alter und die Errichtung neuer Produktionsanlagen ging in dem ersten Jahrzehnt der HOAG in einem Tempo vor sich, wie es typisch für diese Wiederaufbauphase der deutschen Industrie war.

- 1953/54 wurde ein Dampfkraftwerk gebaut, das am 14. Juni 1954 den ersten Strom lieferte.
- Ebenfalls 1954 wurde die mehr als ein halbes Jahrhundert alte Blockstraße I so umgebaut und modernisiert, daß man von einer Ablösung dieser alten Straße sprechen konnte.
- Im November 1954 wurde der Neubau einer Halbzeugstraße, der ersten kontinuierlichen Straße in Oberhausen, abgeschlossen.
- Der Bau der Konti-Straße stand im engen Zusammenhang mit dem Baubeginn einer kontinuierlichen Feineisenstraße Anfang 1954. Im Mai des kommenden Jahres konnte dann diese Straße, die die bisher größte Investition der HOAG bedeutete, in Betrieb genommen werden.
- Einen Monat vor Anlaufen der Feineisenstraße wurde die alte Drahtstraße I modernisiert, unter anderem durch einen Wärmeofen für Knüppel mit 60 mm vkt.
- 1957 wurde die 130 Jahre alte Grobblecherzeugung in Oberhausen durch eine neue Quartostraße auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Ersetzt wurde die alte aus der Jahrhundertwende stammende Trio-Straße. Dagegen blieb die seit dem Jahre 1901 stehende Duo-Straße in Betrieb und wurde erst in jüngster Zeit stillgesetzt.
- Nach einem Jahr und neun Monaten Bauzeit wurde am 8. Dezember 1959 der Hochofen A angeblasen, mit 8,5 Meter Gestelldurchmesser und 1740 cbm Fassungsvermögen, damals zu den größten Hochofenanlagen zählend. Mit ihm wurde erstmalig die Roheisenkapazität in Oberhausen seit 1939 erweitert. Übrigens wurde 1758 in Oberhausen der erste Holzkohlehochofen angeblasen, und im Jahr 1840 betrug die gesamte Roheisenerzeugung der Hütte im Jahr rund 28000 Zentner.

  Im Geschäftsjahr 1960/61, als der Ofen A voll lief, wurde die etwa 130mal so große Menge Roheisen, und zwar über 1,8 Mill. t erzeugt.
- 1960 wurde eine Bandsinteranlage in Walsum Süd, das auch bei Gründung der Einheitsgesellschaft am 1. 9. 1951 zur HOAG kam, in Betrieb genommen. Sie besaß eine monatliche Erzeugungskapazität von 50000 Tonnen Sinter und war mit einer Entstaubungsanlage ausgestattet.
- Entsprechend der Vergrößerung der Roheisenkapazität mußte auch die der Rohstahlseite aus-

thyssenkrupp Corporate Archives



1957 wurde das Quarto-Gerüst in Betrieb genommen und damit die 130 Jahre alte Grobblecherzeugung in Oberhausen auf den technisch neuesten Stand gebracht.

Als am 6. Oktober 1968 die letzte Schmelze im Thomaswerk abgestochen wurde, bauten die Mitarbeiter jenes „Erinnerungsdenkmal" an den letzten Mann, das unser Bild unten zeigt.



gebaut werden. So konnte im Juni 1960 der erste 250-t-Ofen im Siemens-Martin-Werk II abgestochen werden. Im gleichen Jahr wurde eine neue Stripperhalle gebaut und Ende 1961 ein zweiter SM-Ofen von 250 t Fassungsvermögen in Betrieb genommen.

■ Nachdem man seit mehreren Jahren auf Großinvestitionen im Walzwerksbereich zu Gunsten solcher auf der Roheisen- und Rohstahlseite verzichtet hatte, ging im Dezember 1962 die neue Drahtstraße II in Betrieb, eine hochmechanisierte Straße, die vor zehn Jahren zu den modernsten in der Welt zählte. Vorwiegend dünnere Abmessungen von 5,5 mm aufwärts wurden auf der neuen Straße hergestellt. Das Bundgewicht betrug 550 kg im Gegensatz zu 100 kg in der Drahtstraße I, die aber auf 200-kg-Bunde umgestellt wurde. Auf der leichten Profilseite verbesserte der so gewonnene Kapazitätsspielraum die Wirtschaftlichkeit der Erzeugung.

In diesen ersten elf Jahren der neuen Einheitsgesellschaft HOAG waren im wesentlchen die der Produktionsvergrößerung dienenden Investitionen abgeschlossen. Es gab zwar noch eine Reihe von Planungen in dieser Richtung, die aber aus verschiedensten Gründen nicht durchgeführt wurden. So wurde der Bau eines bereits projektierten neuen Hochofens überflüssig, weil es gelungen war, durch exaktere Möllerführung und sonstige Verbesserungen die Produktivität der vorhandenen Hochöfen zu steigern. Man hatte auch die Errichtung einer Bogenstranggießmaschine und als Ersatz für das Thomas-Stahlwerk, in dem übrigens erst fünf Jahre nach diesen Überlegungen — nämlich am 6. Oktober 1968 — die letzte Schmelze abgestochen wurde, den Bau eines Blasstahlwerkes in Erwägung gezogen. Man nahm jedoch von der Durchführung beider Objekte — wahrscheinlich aufgrund einer in der Folgezeit veränderten unternehmenspolitischen Lage — Abstand.

Diese Entwicklung mußte zu einer Betonung der Walzwerksseite führen, und zwar aufgrund der eigenen Rohstahlvorstufe mehr in Richtung einer qualitativen als einer quantitativen Steigerung. Für die sich daraus zwangsläufig ergebenden Überkapazitäten auf der Roheisenseite mußten Abnehmer gefunden werden, denn Stillsetzungen von Hochöfen wurden ausgeglichen durch eine höhere Leistung, vor allem des Hochofens A. Schon gegen Ende des Jahres 1967 wurde Roheisen aus Oberhausen an die August Thyssen-Hütte geliefert. Von den 1,4 Mill. t Roheisen, die die HOAG z. B. im Geschäftsjahr 1969/70 nur mit dem Hochofen A und dem kleinen Ofen 3, der zudem noch 68 Tage ausfiel, erzeugte, gingen 65 Prozent an die ATH.

Die Geschichte des technischen Bereiches der HOAG kann nicht abgeschlossen werden, ohne auf eine eigene Oberhausener Entwicklung hinzuweisen, die in der Fachwelt Aufsehen erregte und in Oberhausen berechtigte Hoffnungen für die Zukunft weckte. Es handelte sich um das sogenannte Rotorstahlverfahren. Der damalige technische Vorstand, Dr.-Ing. Rudolf Graef, stellte dieses Verfahren, das in Oberhausen noch im Versuchsstadium war, auf dem Eisenhüttentag 1957 in Düsseldorf vor. Es handelte sich um ein Frischverfahren für Roheisen, dessen Produkt keine Unterschiedsmerkmale zum besten SM-Stahl aufweist. Auch erfüllte dieses Rotorverfahren die Bedingung, daß die Investitions- und Betriebskosten nicht höher wurden als beim üblichen Thomasstahlverfahren. Nachdem Dr. Graef die Verfahrenstechnik und Verfahrensweise in seinem Referat eingehend erklärt hatte, stellte der Vorsitzende des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, Prof. Dr.-Ing. Schenck, die Bedeutung

thyssenkrupp Corporate Archives

dieses neuen Stahlerzeugungsverfahrens heraus und meinte, daß es aus der kommenden Eisenhüttentechnik nicht mehr weggedacht werden könne. Im März 1958 kam eine Rotoranlage mit 60 t und im Jahr darauf eine zweite mit 100 t Fassungsvermögen in Oberhausen in Betrieb. Im Geschäftsjahr 1958/59 betrug der Anteil Rotorstahl an der Gesamtrohstahlproduktion 4,2 Prozent, im nächsten Jahr 7,3 Prozent und 1960/1961 sogar 8,5 Prozent. Das war aber das letzte Mal, daß in der schematischen Darstellung der Entwicklung der Rohstahlproduktion von 1948 bis 1967 Rotorstahl zu finden ist. Ein anderes neues Stahlherstellungsverfahren mit wesentlich kürzeren Frischzeiten und der Möglichkeit größerer Erzeugungsmengen in einem Frischvorgang und daher auch mit höherer Wirschaftlichkeit – nämlich das LD- oder LDAC-Verfahren, das heute in den großen modernen Blasstahlwerken angewandt wird – hat diese Entwicklung des Rotorverfahrens in Oberhausen gestoppt. Hier erhält die Geschichte technischer Hochleistungen in 180 Jahren Eisen- und Stahlerzeugung in Oberhausen einen leicht tragischen Zug.

■

Mit den Erfolgen auf dem Gebiet der Entwicklung von Qualitätsstählen und auf dem der Forschung, mit Einrichtungen und Maßnahmen, deren wesentliche Träger die Organe der Mitbestimmung in unserem Werk waren, mit dem Weg, der zur Eingliederung der einstigen Stahlbasis des GHH-Konzerns in den neuen Verbund mit der Thyssen-Gruppe führte, werden wir uns in dem Schlußkapitel unserer Firmengeschichte beschäftigen.



Eine Nachtaufnahme der Eisenhütte 1 aus dem Jahre 1949, also etwa zwei Jahre nach Gründung der damaligen Betriebsführungsgesellschaft HOAG.

thyssenkrupp Corporate Archives



thyssenkrupp Corporate Archives